

Die Universität Leipzig war das Zentrum der akademischen Journalistenausbildung in der DDR. Die Fakultät für Journalistik, umgangssprachlich auch „Rotes Kloster“ genannt, sollte die ostdeutschen Massenmedien mit ebenso gut ausgebildeten wie linientreuen Fachleuten versorgen, die geeignet waren, gesellschaftlichen und kulturellen Konsens zu stiften oder zu stärken. Die Autoren können zeigen, wie groß der Konformitätsdruck war, der auf den – nicht selten idealistischen – Studenten lastete, wie wichtig SED und Staatssicherheit das Thema Journalistenausbildung nahmen und wie komplex sich die politisch-sozialen Beziehungen gestalteten, in deren Zentrum die Fakultät für Journalistik stand.

Christian Schemmert/Daniel Siemens

Die Leipziger Journalistenausbildung in der Ära Ulbricht

Wie die Menschen in der DDR über Politik urteilten, war für die SED-Führung spätestens im letzten Jahrzehnt ihrer Herrschaft kaum noch zu erfahren – jedenfalls nicht aus den staatlichen Massenmedien. Ein Prozess der politischen Entscheidungsfindung, der sich auf der Basis vergleichenden Beobachtens vollzog und die Bevölkerung als relevanten Faktor berücksichtigte, fand letztlich erst im Revolutionsjahr 1989 statt, als sich die Grundmuster der bislang ausschließlich staatstragenden Medienberichterstattung änderten¹. Themen wie Presse-, Meinungs-, Reise- und Versammlungsfreiheit, welche die SED in den Jahrzehnten zuvor nur punktuell aufgegriffen hatte, um öffentliche „Diskussionen“ in sehr engen Grenzen zu initiieren², wurden nun als Folge der veränderten Medienpolitik erstmals für alle Bürger les-, sicht- und hörbar. Für die Herrschenden wie für die Beherrschten war der November 1989 auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Massenmedien der DDR allmählich eine Welt jenseits der expliziten wie internalisierten SED-Leitlinien abzubilden begannen.

Hinter dem Problem der Selbstbeobachtung des politischen Systems in der DDR stand eine von den Machthabern vertretene Gesellschaftsvorstellung, die Konsens mit Effizienz und Stabilität gleichsetzte, Ineffizienz und Instabilität hingegen als Begleiterscheinung eines strikt abgelehnten liberalistischen Ordnungsentwurfs auswies³. Einem solchen Anspruch planmäßiger Herstellung von Einheit war eine Überschätzung der Handlungskompetenz politischer Organisationen

¹ Vgl. Hans-Hermann Hertle/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 2012.

² Vgl. Mary Fulbrook, Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008, S. 273–280.

³ Vgl. Martin Sabrow, Der künstliche Konsens. Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme, in: Historische Kommunismusforschung (1999), S. 191–224; Dirk Baecker, Oszillierende Öffentlichkeit, in: Rudolf Maresch (Hrsg.), Medien und Öffentlichkeit. Positionierungen, Symptome, Simulationsbrüche, München 1996, S. 89–107.

immanent; eine Fehleinschätzung, die mit der Selbstwahrnehmung ihrer Mitglieder weitgehend übereinstimmte⁴.

Die Steuerungsambitionen der SED-Führung bezogen sich auf das gesamte soziale Leben, das Bewusstsein der Staatsbürger eingeschlossen. Der damit verbundene Versuch, eine politische Öffentlichkeit zu etablieren, die von Beginn an – als bewusst gewähltes Gegenmodell zu den kapitalistischen Gesellschaften – keinen Meinungsppluralismus kennen sollte, war ein radikales Projekt sozialplanerischer Umgestaltung. In dieser Hinsicht dem NS-Staat und dem Staatsozialismus sowjetischer Prägung vergleichbar, lief journalistische Praxis in der DDR nicht auf die Beseitigung, sondern auf die Vereinheitlichung der öffentlichen Meinung hinaus⁵, auch wenn dies im Detail noch weitgehend unerforscht ist⁶. Der vorliegende Aufsatz stößt in diese Lücke, indem er am Beispiel des Instituts für Publizistik (ab 1954 dann Fakultät für Journalistik) an der Karl-Marx-Universität in Leipzig danach fragt, welchen Beitrag eine Analyse der Journalistenausbildung für eine an einer vergleichenden Diktaturforschung orientierte Mediengeschichte der DDR leisten kann.

Die Universität Leipzig entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg zum Zentrum der akademischen Ausbildung für Journalisten in der DDR⁷. Ziel dieser Ausbildung war es, den publizistischen Nachwuchs praktisch und theoretisch umfas-

⁴ Dies ist in der Forschung zur Geschichte der DDR bislang vor allem am Beispiel des Staatssicherheitsdienstes herausgearbeitet worden. Diesem kam u. a. die Aufgabe zu, die Parteiführung mit Informationen über die Stimmungslage der Bevölkerung zu versorgen. Allerdings entwickelte sich politisches Handeln in der DDR ab der ersten Hälfte der siebziger Jahre mehr und mehr zum Blindflug, da die Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit „das Politbüro gar nicht mehr regelmäßig erreichte[n]“. Jens Gieseke, *Die Stasi 1945–1990*, München 2011, S. 162; vgl. Thomas Lindenberger, *Tacit Minimal Consensus: The Always Precarious East German Dictatorship*, in: Paul Corner (Hrsg.), *Popular Opinion in Totalitarian Regimes: Fascism, Nazism, Communism*, Oxford 2009, S. 208–222.

⁵ Art. Öffentliche Meinung, in: *Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie*, hrsg. v. Wolfgang Eichhorn u. a., Köln/Opladen 1969, S. 424 f. Zum Begriff der öffentlichen Meinung aus sozialwissenschaftlicher Perspektive im Nationalsozialismus vgl. Hans Amandus Münster, *Zeitung und Zeitungswissenschaft im neuen Staat*, in: *Zeitungswissenschaft. Zweimonatsschrift für internationale Zeitungsforschung* 8 (1933), H. 5, S. 273–288, vor allem S. 273 ff.; für die Sowjetunion aus demselben Blickwinkel Aleksandr K. Uledow, *Die öffentliche Meinung. Eine Studie zum geistigen Leben der sozialistischen Gesellschaft*, Berlin 1964.

⁶ Für weiterführende Ansätze zur Erforschung der persuasiven Formen von Kommunikation vgl. Christoph Classen, *Thoughts on the Significance of Mass-media Communications in the Third Reich and the GDR*, in: *Totalitarian Movements and Political Religions* 8 (2007), H. 3–4, S. 547–562. Zur parteistaatlich kontrollierten Massenkommunikation innerhalb staatssozialistischer Gesellschaften sowie im Nationalsozialismus vgl. außerdem Gábor T. Ritter-sporn/Malte Rolf/Jan C. Behrends (Hrsg.), *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten*, Frankfurt a.M. 2003; Corey Ross, *Media and the Making of Modern Germany. Mass Communications, Society, and Politics from the Empire to the Third Reich*, Oxford/New York 2010, S. 263–301.

⁷ Einzige Alternative war entweder eine Ausbildung in den seit Januar 1947 bestehenden Journalistenklassen an der Parteihochschule Karl Marx des ZK der SED oder an der Deutschen Journalistenschule, deren Redakteurslehrgänge an der Leipziger Fakultät für Journalistik

send zu schulen, um ihn anschließend in den staatstreuen Massenmedien einzusetzen. Trotz der zentralen Bedeutung der Leipziger Journalistenausbildung sind viele Aspekte ihrer Geschichte noch immer unerforscht. Es liegen in erster Linie ältere Studien über das „Rote Kloster“ vor, die zwar detailgenau sind, aber auf der deskriptiven Ebene stehenbleiben oder stark autobiographische Züge tragen⁸. Hinzu kommen Selbstdarstellungen, Qualifikationsarbeiten und andere universitäre Publikationen aus der DDR⁹ sowie Erinnerungen ehemaliger Studenten und Dozenten, die sich allerdings nur wenig um kritische Einordnung bemühen¹⁰. Auch die neuere Historiographie zur Geschichte der DDR hat den Journalismus, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur kursorisch behandelt¹¹.

durchgeführt wurden. Zur Parteihochschule Karl Marx vgl. Thekla Kluttig, Parteischulung und Kaderauslese in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946–1961, Berlin 1997, S. 191–403. Vgl. außerdem Julia Martin, Der Berufsverband der Journalisten in der DDR (VDJ), in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Journalisten und Journalismus in der DDR. Berufsorganisation – Westkorrespondenten – „Der schwarze Kanal“, Köln/Weimar 2007, S. 7–77.

⁸ Mit Ausnahme von Arnulf Kutsch, Kommunikations- und Medienwissenschaft, in: Ulrich von Hehl/Uwe John/Manfred Rudersdorf (Hrsg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009: Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen, Bd. 4/1, Leipzig 2009, S. 741–759, stammen die Veröffentlichungen ganz überwiegend aus den siebziger und achtziger Jahren. Vgl. hier vor allem Gudrun Traumann, Journalistik in der DDR. Sozialistische Journalistik und Journalistenausbildung an der Karl-Marx-Universität Leipzig, München 1971; Verena Blaum, Ideologie und Fachkompetenz. Das journalistische Berufsbild in der DDR, Köln 1985; dies., Marxismus-Leninismus. Massenkommunikation und Journalismus. Zum Gegenstand der Journalistikwissenschaft in der DDR, München 1980; Brigitte Klump, Das rote Kloster. Als Zögling in der Kadenschmiede des Stasi, München 1991 (Erstausgabe Hamburg 1978); Xing Hu Kuo, Wodka in Sektgläsern. Cocktail meiner liebenswürdigen Stasi-Damen, Böblingen 1993.

⁹ Vgl. vor allem Hermann Budziszlawski, Sozialistische Journalistik. Eine wissenschaftliche Einführung, Leipzig 1966; ders., Die erste deutsche Fakultät für Journalistik, in: Journalistisches Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Verband der Deutschen Journalisten, Leipzig 1960, S. 78–89, sowie die gerade für die Anfangsjahre hinsichtlich der Studienpolitik an der Fakultät für Journalistik getroffenen Bemerkungen, in: Ders., Zur Verbesserung des Studienganges und des Studienplanes an der Fakultät für Journalistik, in: Neue Deutsche Presse 11 (1957), H. 3, S. 3–16.

¹⁰ Vgl. exemplarisch Klaus Höpcke, Lehrer-Persönlichkeiten an der Fakultät für Journalistik, in: Manfred Neuhaus/Helmut Seidel (Hrsg.), Universität im Aufbruch – Leipzig 1945–1956, Leipzig 2002, S. 140–144; Hans Poerschke, Anfänge marxistischer Journalistik – zwischen wissenschaftlichem Anspruch und Parteikonzept, in: Ebenda, S. 134–139; Siegfried Schmidt, Fakultät für Journalistik. Zum 50. Jahrestag der Gründung am 20. September 2004, in: Universität Leipzig (Hrsg.), Jubiläum 2004. Personen/Ereignisse, Leipzig 2004, S. 53–58.

¹¹ Vgl. Michael Meyen/Anke Fiedler, Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR, Berlin 2011. In dieser Darstellung ist eine ausführliche Aufbereitung des Forschungsstandes zur Geschichte des Journalismus in der DDR enthalten, die viele der bis dato erschienenen autobiographischen Selbstzeugnisse berücksichtigt. Vgl. auch Stefan Zahlmann (Hrsg.), Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR, Berlin 2010; Wilke (Hrsg.), Journalisten und Journalismus; Gunther Holzweißig, Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln 2002. Es ist auffallend, dass in vielen neueren Sammelbänden über die Rolle der Medien in und über Deutschland hinaus die DDR nahezu vollständig übergangen wird. Vgl. Clemens Zimmermann (Hrsg.), Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2006; Jürgen Wilke, Massenmedien und Journa-

Dabei ist vor allem über die Ära Ulbricht wenig bekannt¹², obwohl die Analyse dieser Jahre in besonderer Weise zeigt, wie die SED-Diktatur nicht nur etabliert, sondern auch massenmedial gestützt wurde. Elemente politischer Transformation lassen sich hier ebenso finden wie solche obrigkeitsstaatlicher Kontinuität oder Reminiszenzen an bestimmte Formen linker Gegenöffentlichkeit in der Weimarer Republik.

Plädoyer für eine doppelte Kontextualisierung

Die Fakultät für Journalistik war eine besondere Wissenschaftseinrichtung in der Hochschullandschaft der DDR, wie schon die Etiketten erkennen lassen, mit denen man sie wiederholt bedacht hat: Sie wurde als Kasernierungs-, Ausbildungs- und Propagandaanstalt mit einer Riege stalinistischer „Betonköpfe“ an der Spitze beschrieben, die inmitten von „Stasiland“ den „Kaderzöglingen“ die kommunistischen Klassiker eingetrichtert habe. Aber auch eine Porträtierung des journalistischen Berufsstands, die im Mediensystem der DDR *sozialontologisch* auf die Reduzierung der Akteure auf einen in seinem Handeln außerordentlich stabilen und somit jederzeit reflexiv gesteuerten *homo oeconomicus* hinausläuft¹³, überzeugt nicht. Die Leipziger Ausbildungszeit muss vielmehr systematisch kontextualisiert und im Hinblick auf die Programmierung und Speicherung vor-bewusster Handlungsroutinen untersucht werden¹⁴.

Für den Medienalltag in der DDR war jedenfalls nicht nur die tägliche Zensur entscheidend, sondern auch die in Leipzig erfolgte Vorauswahl der künftigen Journalisten sowie deren Selbstanpassung, die sie während des Studiums einge-

lismus in Geschichte und Gegenwart. Gesammelte Studien, Bremen 2009; Klaus Arnold/Christoph Classen/Susanne Kinnebrock/Edgar Lersch/Hans-Ulrich Wagner (Hrsg.), Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert, Berlin 2010. Ausnahmen bilden Karl Christian Führer/Corey Ross (Hrsg.), Mass Media, Culture and Society in Twentieth-Century Germany, Basingstoke/New York 2006; Thomas Lindenberger (Hrsg.), Massenmedien im Kalten Krieg: Akteure, Bilder, Resonanzen, Köln u. a. 2006; Ute Daniel/Axel Schildt (Hrsg.), Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln 2010.

¹² Vgl. in diesem Zusammenhang Daniela Münkler, Zwischen „Kaderschmiede“ und Professionalisierung: Rundfunkjournalistenausbildung in der DDR der fünfziger Jahre am Beispiel der Rundfunkschule, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Massenmedien und Zeitgeschichte, Konstanz 1999, S. 188–199; Peter Strunk, Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland, Berlin 1996; David Pike, The Politics of Culture in Soviet-Occupied Germany, 1945–1949, Stanford/CA. 1992, S. 91–123.

¹³ So Meyen/Fiedler, Die Grenze; dies. (Hrsg.), Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen, Berlin 2011.

¹⁴ Grundlegend für den hier verfolgten methodischen Ansatz: Anthony Giddens, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt a.M./New York 1988, S. 91–159; Thomas Welskopp, Die Dualität von Struktur und Handeln. Anthony Giddens' Strukturierungstheorie als „praxeologischer“ Ansatz in der Geschichtswissenschaft, in: Andreas Suter/Manfred Hettling (Hrsg.), Struktur und Ereignis (Geschichte und Gesellschaft; Sonderheft 19), Göttingen 2001, S. 99–119.

übt hatten¹⁵. Wie ein heute in leitender Funktion im öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschäftigter Journalist, der in Leipzig in den 1980er Jahren sein Journalistikstudium beendete, bemerkte, wurden dort ausnahmslos Nachwuchskräfte ausgebildet, die bereit waren, ihre persönlichen Berufsvorstellungen vollständig den Zielen der Partei unterzuordnen. Kritik war unerwünscht und wurde radikal unterbunden: „Wer sich nicht beugte, wer grundsätzliche Zweifel am System äußerte, der musste gehen.“¹⁶

In diesem Schlaglicht auf die Logik des Journalismus in der DDR scheint bereits das Ziel des vorliegenden Aufsatzes auf, die Sozialisierungserfahrungen angehender Journalisten stärker als bislang in eine Gesamtinterpretation der Geschichte der Massenmedien zu integrieren. Eine Analyse der Leipziger Journalistenausbildung verspricht beispielsweise Antworten auf die vieldiskutierten Fragen, woher die Journalisten – ohne dass es eine Vorzensurbehörde gegeben hätte – wussten, worüber sie informieren durften, und ob ihnen immer gesagt werden musste, was sie zu schreiben hatten. An der Leipziger Fakultät ging es nicht nur um praktische Wissensvermittlung, sondern immer auch um eine spezifisch sozialistische Berufsideologie. Parteilichkeit, nicht das von der SED stigmatisierte „Nur-Journalistische“¹⁷, war als Leitlinie schon während der Ausbildung vorgegeben: „Der Journalist ist politischer Funktionär. Mit den Mitteln der Publizistik verändert er das Denken und Fühlen, die Verhaltensweise der Menschen und kämpft so aktiv für die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei. Das exakte Beherrschen der Beschlüsse der Partei ist daher die erste Grundlage für die journalistische Tätigkeit. [...] Die Aufgaben des Journalisten verlangen einen aktiven, kämpferischen und ausdauernden Menschen, sie verlangen die Fähigkeit, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen und mit ihnen zu arbeiten, sie zu lehren und von ihnen zu lernen.“¹⁸

Im Folgenden wird untersucht, wie es der politischen Führung gelang, diese Verhaltenserwartungen an einen Journalisten „neuen Typs“ zu institutionalisieren, also eine aktiv für die DDR eintretende Generation junger Journalisten auszubilden, die geeignet war, die Schlüsselpositionen in den Massenmedien zu be-

¹⁵ Vgl. Frank Bösch, *Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen*, Frankfurt a.M. 2011, S. 194; Matthew Lenoe, *Censorship*, in: Silvio Pons/Robert Service (Hrsg.), *A Dictionary of 20th-Century Communism*, Princeton/NJ, 2010, S. 92–94.

¹⁶ Meyen/Fiedler, *Die Grenze*, S. 328.

¹⁷ Beschluss der SED-Parteileitung Karl-Marx-Universität vom 5. 12. 1961, in: Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig (künftig: StA-L), 21132 SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig, Nr. IV/4/14/52, Bl. 275–283; Entschließung der Abteilungs-Organisation VIII (Publizistik), Kampf gegen den Sozialdemokratismus [Dezember 1950], in: StA-L, 21442 SED-Grundorganisation Journalistik, Nr. IV/7/122/12.

¹⁸ Wörtliches Zitat nach: „Die neuen Anforderungen des Journalisten und der Weg zu ihrer Qualifikation“ (15. 5. 1963), in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (künftig: BArch Berlin), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), DY 30/IV A 2/9.02/107. Hier zeigen sich Traditionslinien zu einem journalistischen Berufsverständnis, wie es schon die sowjetischen Kommunisten in den 1920er Jahren vertraten. Vgl. Matthew Lenoe, *Closer to the Masses. Stalinist Culture, Social Revolution, and Soviet Newspapers*, Cambridge/London 2004, S. 103–144.

setzen. Weil sich speziell das Thema Journalistenausbildung in der ostdeutschen Gesellschaft keinesfalls in beziehungsgeschichtlichen Analysen individueller Akteure erschöpft, muss man über die Karl-Marx-Universität hinausgreifen, will man die Geschichte der Fakultät für Journalistik verstehen. Nicht ausschließlich auf der Mikroebene sozialer Interaktion, sondern auch auf der Mesoebene institutioneller Verflechtungen verfestigte sich der Fakultätsbetrieb als „soziales Handlungsfeld“. Aus diesem Blickwinkel erscheint die Fakultät nicht als „reines Objekt“ etwa besonders ressourcenreicher Akteure wie der Parteiführung und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), „sondern als komplexes Sozialsystem, das mehr ist als seine formale organisatorische Struktur“¹⁹.

Es geht also, mit anderen Worten, darum, die beiden wechselseitig und untrennbar miteinander verbundenen Ebenen innerbetrieblicher und außerbetrieblicher Sozialbeziehungen in ein fruchtbares Spannungsverhältnis zu setzen. Der Aufbau dieses Aufsatzes trägt dieser analytischen Prämisse Rechnung. Nach einer kurzen institutionsgeschichtlichen Einführung steht zunächst die Leitungsebene der Fakultät im Mittelpunkt des Interesses, wobei es insbesondere um die Frage geht, wie die jeweiligen Dekane sowie die Parteivertreter innerhalb der Fakultät mit Konflikten umgingen. Mit der SED und der Staatssicherheit geht es dann um zwei der wichtigsten Akteure, die sowohl auf den Interaktionsraum der Fakultät einwirkten als auch davon beeinflusst wurden. Der letzte Abschnitt widmet sich den individuellen Zielen der Studenten und objektiven Zwängen, unter denen sie ihre Ausbildung absolvierten. Gefragt wird vor allem nach möglichen Identitätskonflikten und nach spezifischen Formen von Individualität.

Von der Publizistik zur Journalistik

Der Osteuropa-Historiker Hugh Seton-Watson schrieb Anfang der 1950er Jahre in einem einflussreichen Buch, dass der Wiederaufbau und die Umgestaltung der Gesellschaften Ostmitteleuropas, mit seinen Worten eine „osteuropäische Revolution“, in allen sozialistischen Ländern *von außen* und *von oben* durchgeführt würden. Die Beseitigung lokaler Wissensbestände und traditioneller Praktiken sei in diesem Prozess der Sowjetisierung ebenso vorprogrammiert wie die Nichtberücksichtigung generationeller Erfahrungen. Viel Zeit, so prognostizierte Seton-Wat-

¹⁹ Institutionenbildung und institutionelles Handeln lässt sich nicht allein anhand der Parteidirektiven und ihrer Richtlinienpraxis untersuchen, denn dies hätte zur Konsequenz, das Management vorschnell mit der offiziellen Wunschrealität vor Ort zu verwechseln. Thomas Welskopp hat in dieser Hinsicht zahlreiche empirische wie theoretische Lösungsansätze formuliert, wenngleich sie bei ihm auf die ökonomische und nicht auf die Sphäre des Politischen bezogen sind. Vgl. Thomas Welskopp, Ein modernes Klassenkonzept für die vergleichende Geschichte industrialisierender und industrieller Gesellschaften. Kritische Skizzen und theoretische Überlegungen, in: Karl Lauschke/Ders. (Hrsg.), Mikropolitik in Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994, S. 48–106; sowie ders., Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996), S. 118–142. Die oben genannten Zitate entstammen der letztgenannten Veröffentlichung, hier S. 131.

son seinerzeit, werde nicht mehr vergehen, bis auch die letzten Unterschiede zwischen den Ostblockstaaten und der Sowjetunion abgebaut seien²⁰.

Neuere Forschungen, die sich speziell mit der Universitätsgeschichte in den sozialistischen Gesellschaften nach 1945 beschäftigen, zeichnen ein differenzierteres Bild, vor allem mit Blick auf das Überdauern akademischer Traditionen, die aufgrund der unterschiedlichen politisch-kulturellen Voraussetzungen teils erheblich variierten²¹. Es ist mittlerweile klar, dass die Etablierung des sowjetischen Hochschulmodells in der DDR nicht allein Produkt der politischen Intervention von außen und von oben war, sondern besser als Folge des Wechselspiels zwischen universitären und außeruniversitären Instanzen zu verstehen ist²². Auch wenn die Universität Leipzig, neben der Humboldt Universität zu Berlin die wichtigste Hochschule der DDR, inzwischen zu den besonders gut erforschten Hochschulen Deutschlands gehört²³, ist die dortige Fakultät für Journalistik bislang nicht Gegenstand einer historisch-kritischen Untersuchung geworden. An ihrem Beispiel lässt sich jedoch zeigen, wie revolutionäre Eingriffe (im Sinne Seton-Watsons) seitens der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED-Spitzenfunktionäre in Berlin, lokale Traditionen und binnenuiversitäre Prozesse zusammenwirkten.

Die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren für die Universität Leipzig eine Zeit der Neuorientierung. Dies galt auch für das Fach Journalismus, das hier Tradition hatte: 1916 war mit Karl Büchers Institut für Zeitungskunde die erste

²⁰ Vgl. Hugh Seton-Watson, *The East European Revolution*, New York 1951. Diese Vorstellung wurde in der Geschichts- wie Politikwissenschaft in den nächsten Jahrzehnten als gesichertes Strukturwissen behandelt. Vgl. Joseph Rothschild, *Return to Diversity. A Political History of East Central Europe Since World War II*, New York 1989; György Schöpflin, *Politics in Eastern Europe 1945–1992*, Oxford 1993.

²¹ Vgl. John Connelly/Michael Grüttner (Hrsg.), *Zwischen Autonomie und Anpassung: Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Paderborn u. a. 2003; Oskar Anweiler, *Hochschulpolitik in Ostmitteleuropa und in der SBZ/DDR – alte Themen, neue Fragen*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), S. 81–87; John Connelly, *Captive University. The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education, 1945–1956*, Chapel Hill/NC./London 2000; Ralph Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära*, Göttingen 1999.

²² Zum derzeitigen Stand der Hochschulforschung in der DDR siehe Michael Grüttner/Rüdiger Hachtmann/Konrad H. Jarausch/Jürgen John/Matthias Middell (Hrsg.), *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010.

²³ So Ilko-Sascha Kowalczyk, *Lehre und Forschung im SED-Staat. Universitäten und Hochschulen in der DDR*, in: *Deutschland Archiv*, 10. 3. 2012, URL: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/126682/lehre-und-forschung-im-sed-staat>. Zur Universität Leipzig vgl. vor allem Günther Heydemann, *Sozialistische Transformation. Die Universität Leipzig vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Mauerbau 1945–1961*, in: Ulrich von Hehl/Klaus Fitschen/Ders. (Hrsg.), *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*, Bd. 3: *Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009*, Leipzig 2010, S. 335–567; ders./Francesca Weil (Hrsg.), „Zuerst wurde der Parteisekretär begrüßt, dann der Rektor ...“. *Zeitzeugenberichte von Angehörigen der Universität Leipzig (1945–1990)*, Leipzig 2009; Markus Wustmann, *Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät in Leipzig 1947–1951*, in: Ulrich von Hehl (Hrsg.), *Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Universität Leipzig vom Kaiserreich bis zur Auflösung des Landes Sachsen 1952*, Leipzig 2005, S. 289–306.

Forschungsstelle zur Geschichte und Arbeitsweise der Presse in Deutschland gegründet worden. Publizistik, die bis 1945 an der Philosophischen Fakultät angesiedelt war (und dorthin von 1951 bis 1954, nach mehrjährigen Zwischenstationen an den Fakultäten für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft sowie der Gesellschaftswissenschaft, zurückverlegt wurde), konnte unter den neuen Machthabern nur langsam wieder regulär gelehrt werden. Dafür waren nicht zuletzt personelle „Altlasten“ verantwortlich²⁴. Nach dem Krieg gab es mit Gerhard Menz vorerst nur einen ordentlichen Professor²⁵. Der Alltagsbetrieb ließ sich in den ersten Nachkriegsjahren nur mit Hilfe von Lehraufträgen aufrechterhalten – und das war mühsam. „Ausführliche Vorlesungsprogramme“, so heißt es vielsagend in dem zum Herbstsemester 1951 überarbeiteten Studienplan für das Fach Publizistik, „werden schwerpunktmäßig etappenweise ausgearbeitet.“²⁶

Bereits im März 1946 wandte sich die Stadt Leipzig an die Universitätsleitung mit der Bitte, die Einrichtung einer „Landesjournalisten-Schule“ zu prüfen²⁷. Die Universitätsleitung reagierte jedoch (noch) ausweichend. Sie sorgte sich um ihre wissenschaftliche Autonomie und fürchtete offenbar politische Einflussnahme. Der Stadt teilte sie mit, dass bereits das jetzt mögliche Studium der Publizistik eine „vollwertige wissenschaftliche Ausbildung“ ermögliche. Man freue sich jedoch auf gute Zusammenarbeit, wenn die Stadt das bestehende Institut personell stärken wolle²⁸. Als sich im späten Frühjahr 1947 das Scheitern des von Anton Ackermann und Franz Dahlem an der Parteihochschule Karl Marx verantworteten Pilotprojekts einer parteitreuen Journalistenausbildung abzeichnete²⁹, machte sich Walter Ulbricht bei Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl für Leipzig stark: „Wäre es nicht zweckmäßig, das Institut für Zeitungswissenschaft in Leipzig wieder zu eröffnen? Dieses Institut diene früher der Ausbildung von Journa-

²⁴ Das bekannteste Beispiel eines NS-belasteten Leipziger Publizisten ist der Fall des ehemaligen Institutsdirektors Hans Amandus Münster. Vgl. Hans Bohrmann, Das Jahr 1945 als personeller und institutioneller Wendepunkt von der Zeitungs- zur Publizistikwissenschaft, in: Tobias Eberwein/Daniel Müller (Hrsg.), Journalismus und Öffentlichkeit. Eine Profession und ihr gesellschaftlicher Auftrag, Wiesbaden 2010, S. 483–505, hier S. 490; Thymian Bussemer, Propaganda. Konzepte und Theorien, Wiesbaden 2008, S. 195–205.

²⁵ Auch Menz war wegen seiner NS-Vergangenheit am Leipziger Institut für Zeitungswissenschaft umstritten, besaß aber ein bemerkenswertes Interesse an unterschiedlichen Problemstellungen des Faches und verfügte, was für seine Weiterbeschäftigung ausschlaggebend war, über umfassende Lehrerfahrung. Vgl. die Vorwürfe gegen Menz in M.K., Hochschul-Reaktion?, in: Volksstimme, Landeszeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Sachsen, Nr. 44 vom 2. 11. 1945, in: Universitätsarchiv Leipzig (künftig: UAL), R 81h, Bl. 8.

²⁶ Vgl. den Plan für das Studium der Publizistik am Institut für Publizistik und Zeitungswissenschaft an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig vom 15. 8. 1951 (im Privatbesitz der Verfasser).

²⁷ Schreiben des Stadtdirektors Ott an den Rektor der Universität Leipzig vom 29. 3. 1946, in: UAL, R 65, Bd. 1, Bl. 1.

²⁸ Antwortschreiben der Universitätsleitung Leipzig an das Nachrichtenamt der Stadt Leipzig vom 11. 4. 1946, in: Ebenda, Bl. 4.

²⁹ BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.03/49, Bl. 210, Bl. 298, Bl. 300–303, Bl. 344 ff. u. Bl. 350; vgl. Kluttig, Parteischulung, S. 257 f. u. S. 263 f.

listen. Auf diese Weise würden wir erreichen, daß wir stärkeren Einfluß auf die Ausbildung der Journalisten bekommen, und daß auch die Studenten, die Parteidredakteure werden, nach Beendigung der Hochschule, die an die Fakultät für Gesellschaftswissenschaften angegliedert werden könnte, eine staatlich anerkannte Charakteristik erhalten.³⁰ Es dauerte jedoch bis 1950, ehe der Parteivorstand der SED beschloss, die Journalistenausbildung in Leipzig auszubauen.

Im Jahr 1949/50 war es zunächst der Remigrant Hermann Budzislawski, der die Leipziger Publizistik umzugestalten versuchte. Der 1948 nach Deutschland zurückgekehrte und sogleich zum Professor ernannte Budzislawski, der zeitgleich auch Mitglied der SED wurde, trat damit an die Stelle des bisherigen Lehrstuhlinhabers Menz, einem Mitglied der Ost-CDU. Budzislawski schien der SED-Führung zunächst ein überaus geeigneter Kandidat für den Aus- und Umbau, hatte er doch seit den späten 1920er Jahren für die linksliberale *Weltbühne* geschrieben und diese in den 1930er Jahren vom Prager Exil aus weitergeführt, nun mit deutlich prosojetischer Tendenz. Während des Zweiten Weltkriegs lebte Budzislawski im US-amerikanischen Exil, wo er unter anderem als ghost-writer für die amerikanische Journalistin und Schriftstellerin Dorothy Thompson sowie als Kolumnist unter dem Pseudonym Donald Bell schrieb. Auch war er Mitbegründer des „Council for a Democratic Germany“. Er gehörte zu den Linksintellektuellen, welche die KPD/SED schon bald nach Kriegsende umwarb³¹. Seinem ursprünglichen Wunsch, erneut die *Weltbühne* zu leiten, stand die Parteiführung jedoch ablehnend gegenüber. „Besser in Lehrtätigkeit verwenden“, ordnete Walter Ulbricht Ende 1946 an³². Budzislawski hielt später fest, die Partei habe ihm gleich nach seiner Rückkehr aus den USA aufgetragen, sich als „politischer Professor“ zu betrachten, der „seine Kräfte zwischen der Universität und unmittelbaren politischen Aufgaben zu teilen habe“³³.

³⁰ Schreiben von Walter Ulbricht an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl vom 7.5.1947, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/903/49, Bl. 1.

³¹ Zu Hermann Budzislawski (1901–1978) vgl. die Angaben in seiner Opfer des Faschismus-Akte (OdF), in: Landesarchiv Berlin (künftig: LAB), C Rep. 118–01, Nr. 26041, sowie in seiner SED-Kaderakte, in: BArch Berlin, SAMPO, DY 30/IV 2/11/v. 2509. Vgl. außerdem Marita Krauss, Hans Habe, Ernst Friedlaender, Hermann Budzislawski – Drei Zonen, drei Städte, drei Schicksale, in: Claus-Dieter Krohn/Axel Schildt (Hrsg.), Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002, S. 245–266; Toralf Teuber, Ein Stratege im Exil. Hermann Budzislawski und „Die neue Weltbühne“, Frankfurt a.M. 2004; Karin Hartewig, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln u. a. 2000, S. 92 ff. u. S. 244 ff.; Axel Fair-Schulz, Loyal Subversion: East Germany and its Bildungsbürgerlich Marxist Intellectuals, Berlin 2009, S. 275–334.

³² Handschriftliche Randnotiz Ulbrichts in einem Schreiben an Franz Dahlem vom 6. Dezember 1946, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 2509, Bl. 232.

³³ Hermann Budzislawski, Memorandum über meine Ausgliederung aus der regulären Arbeit, in: Akademie der Künste, Berlin (künftig: AdK), Literaturarchiv, Bestand Hermann Budzislawski, Sig. 127/28.

Da der ehemalige Westemigrant Budzislawski jedoch vorübergehend als unzuverlässig eingeschätzt wurde³⁴, bestellte ihn die ZK-Abteilung Agitation am 22. November 1950 ein und berief ihn von seiner Funktion ab. Ein Jahr später schrieb Budzislawski, dass seine „Ausschaltung“ ihn nicht ganz unvorbereitet getroffen habe, sei doch sein Plan, die Publizistik zu einer „marxistischen Wissenschaft“ aus- und umzubauen, zumindest bei den örtlichen Gliederungen der Partei nicht auf Verständnis gestoßen³⁵. Am 27. November 1950 verfügte der Minister für Volksbildung, Paul Wandel, die sofortige Auflösung des Instituts für Publizistik an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät. Mit Wirkung vom 1. Dezember, so ordnete er an, solle an der Universität Leipzig ein neuer Lehrstuhl für Publizistik und Zeitungswissenschaft eingerichtet werden³⁶. Ordinarius (und bald darauf Institutsdirektor) wurde der erst Anfang Dezember 1950 zum Professor ernannte Eduard Schulz, der allerdings am 29. Juni 1951 mitsamt seiner Familie nach West-Berlin flüchtete, nachdem Vergewaltigungsvorwürfe gegen ihn erhoben worden waren³⁷.

Seit dem 5. Januar 1951 firmierte die Leipziger Journalistenausbildung als Institut für Publizistik und Zeitungswissenschaft mit rasch anwachsender Studentenzahl. Während 1951 ungefähr 70 Studenten, die überwiegend aus dem „Kleinbürgertum“ (so der parteiinterne Sprachgebrauch) stammten, das Studium aufnahmen, waren drei Jahre später bereits 370 Studenten eingeschrieben. Gemäß einer Anweisung des Ministers für Volksbildung vom 8. Januar 1951 wurden sie zwecks besserer Kontrolle „internatsmäßig“ untergebracht³⁸. Professor Wilhelm Eildermann, langjähriger KPD-Funktionär und seit dem 1. August 1951 Direktor des Instituts für Publizistik³⁹, begründete diese Unterbringung 1954 damit,

³⁴ Vgl. Ulrich Mählert, „Die Partei hat immer recht!“ Parteisäuberungen als Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Hermann Weber/Ders. (Hrsg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn u. a. 1998, S. 351–457. Vgl. zu diesem Themenfeld den Forschungsüberblick bei Johannes Baur, „Großer Terror“ und „Säuberungen“ im Stalinismus. Eine Forschungsübersicht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 331–348.

³⁵ Hermann Budzislawski, Memorandum über meine Ausgliederung aus der regulären Arbeit, in: AdK, Literaturarchiv, Bestand Hermann Budzislawski, Sig. 127/28; Aktenvermerk des 82. Polizeireviere Leipzig vom 3. 4. 1951, in: Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (künftig: BStU), MfS, BV Lpz., AIM 263/53 „Garanti“, Bl. 40. Zu Budzislawskis Remigrations-Erfahrungen vgl. demnächst Daniel Siemens, Elusive Security in the GDR: Remigrants from the West at the Faculty of Journalism in Leipzig, 1945–1961, erscheint voraussichtlich 2013 in der Zeitschrift Central Europe.

³⁶ Schreiben des Ministers für Volksbildung der DDR an die Landesregierung Sachsen und den Rektor der Universität Leipzig vom 27. 11. 1950, in: UAL, R 65, Bd. 2, Bl. 2; Protokoll Nr. 36 des ZK-Sekretariats vom 27. 12. 1950, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/J IV 2/3/163, Bl. 1–3 u. Bl. 12–23.

³⁷ Aktennotiz der Volkspolizei vom 5. 7. 1951, in: BStU, MfS, BV Lpz., AIM 263/53 „Garanti“, Bl. 98. Der gesamte Vorgang um die Berufung von Eduard Schulz, einer überaus dubiosen Figur, liegt bis heute im Dunkeln.

³⁸ Minister für Volksbildung, Anweisung Nr. 81 vom 8. 1. 1951, in: UAL, R 65, Bd. 2, Bl. 4.

³⁹ Wilhelm Eildermann (1897–1988), seit 1919 KPD-Mitglied, in der Weimarer Republik für die Partei publizistisch tätig, im „Dritten Reich“ von 1933 bis 1937 inhaftiert, anschließend Exil in Prag und Paris, dort 1939 Internierung und Deportation nach Algerien. 1942 von

dass so die erforderliche „intensive politisch-moralische Erziehung“ der Studenten verbessert werden könne⁴⁰. Zu diesen Studierenden kamen seit Herbst 1953 noch die Fernstudenten, deren Zahl im ersten Jahr bei 230 lag, sowie „Qualifizierungslehrgänge für Redakteure der sozialistischen Presse“, an denen mehrmals im Jahr bis zu 100 Personen teilgenommen haben sollen. 1954 war man stolz darauf, die Zahl der „Arbeiter- und Bauernkinder“ unter den Studenten signifikant erhöht zu haben (1953 sollen es 76 Prozent aller Studienanfänger gewesen sein), außerdem vermeldete man im Jahr 1953 mit 46 Prozent einen hohen Frauenanteil unter den Studenten⁴¹. Die rasch anwachsende Zahl von Studierenden wie Mitarbeitern führte 1954 zur Aufwertung des Instituts, das sich – in Anlehnung an den Sprachgebrauch in der Sowjetunion – ab Herbst offiziell Fakultät für Journalistik nannte. Diese Reorganisation sollte dafür sorgen, „ohne Schädigung der wissenschaftlichen Ausbildung“ die Absolventen besser als bislang an die „Erfordernisse der Praxis“ heranzuführen⁴².

Die Fakultät und ihre Akteure

Der 1. September 1954 galt als offizieller Gründungstag der Fakultät für Journalistik. Vom Zentralkomitee (ZK) der SED bestätigter Dekan wurde der inzwischen rehabilitierte Hermann Budzislawski. Nach einer persönlich schwierigen Anfangszeit, in der Budzislawski, teils durch den ihm seit der Emigrationszeit bekannten und späteren Vorgesetzten Albert Norden forciert, der Weg in höhere politische Ämter frühzeitig verbaut wurde⁴³, entwickelte er sich seit 1951/52 zum zentralen Kopf der Journalistenausbildung in Leipzig, der das stete Aushandeln von Partei- und Fakultätsinteressen mit taktischem Geschick wahrnahm. Frühe

den Alliierten befreit, kämpfte er zunächst auf Seiten der englischen Armee gegen die Wehrmacht. In Moskau 1944 Redakteur der Zeitung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, von Mai 1945 bis Mai 1947 Lektor an der „Antifa-Schule“ der Sowjetarmee in Österreich. Danach Rückkehr in die SBZ/DDR. Zur Biographie Eildermanns vgl. dessen umfangreichen Nachlass in: BArch Berlin, NY 4251.

⁴⁰ Schreiben von Professor Wilhelm Eildermann an den Staatssekretär im Hochschulwesen, Gerhard Harig, vom 14. 5. 1954, in: UAL, R 65, Bd. 2, Bl. 8–13, hier Bl. 10.

⁴¹ Vorschlag zur Verbesserung der Parteiarbeit am Institut für Publizistik und Zeitungswissenschaft (26. 4. 1954), in: StA-L, 21442 SED-Grundorganisation Journalistik, Nr. IV/7/122/19.

⁴² Die Parteierziehungsarbeit an der Fakultät für Journalistik, Leipzig 18. 7. 1955, in: Ebenda, Nr. IV/7/122/12.

⁴³ Schreiben von Albert Schreiner an die Abteilung Personalpolitik des Zentralsekretariats der SED vom 9. 11. 1949, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV/11/v/2509; Abschrift des Lebenslaufs von Albert Norden vom 27. 2. 1951, in: Ebenda, DY 30/IV 2/11/v5427, Bl. 157–165, hier Bl. 161; Lebenslauf von Albert Norden vom 29. 11. 1949, in: Ebenda, NY 4217/1, Bl. 1–11, hier Bl. 6. Albert Norden (1904–1982) war seit 1920 Mitglied der KPD und im französischen Exil im Herbst 1939 ebenso wie Budzislawski verhaftet worden. Wie dieser lebte er in den frühen 1940er Jahren in den USA, wo er publizistisch tätig war, unter anderem für den German American. Nach Kriegsende siedelte Norden in die SBZ über, wo ihm eine beeindruckende Funktionärskarriere gelang. Angaben in: LAB, C Rep. 118–01, Nr. 7684; vgl. auch die Zeitzeugen-Biographie von Norbert Podewin, Der Rabbinersohn im Politbüro. Albert Norden – Stationen eines ungewöhnlichen Lebens, Berlin 2003.

Vorwürfe der SED-Kreisleitung⁴⁴ an der Universität, sein „Klassenbewußtsein“ sei nur schwach entwickelt und die Parteiverbundenheit mangelhaft, hinderten Budzislawskis beruflichen Aufstieg in Leipzig nicht dauerhaft, zumal er sich durchaus anpassungsfähig zeigte⁴⁵.

Der promovierte Nationalökonom Budzislawski war auch die treibende intellektuelle Kraft hinter dem 1966 veröffentlichten Lehrbuch „Sozialistische Journalistik“. Dieses Grundlagenwerk, das auf einer Vorlesungsreihe Budzislawskis beruht, war nicht nur eine der wenigen Publikationen der Fakultät, die bei einem regulären Verlag der DDR in Druck gingen und nicht nur als Skript für die Studenten ausgegeben wurden. Diesem Lehrbuch kommt auch insofern eine Sonderstellung zu, als hier zum ersten Mal der Versuch unternommen wurde, eine Theorie des sozialistischen Journalismus über den abstrakten Anspruch hinaus auch empirisch-sozialwissenschaftlich abzusichern. Natürlich ging diese Schrift von den Prämissen der neuen Gesellschaftsordnung aus, aber sie war in diesen Grenzen innovativ, auch im internationalen Vergleich. Vor allem die Abschnitte zur Medienwirkung bargen sogar politische Sprengkraft, waren nach Budzislawskis Verständnis doch die Formen des sozialistischen Journalismus nicht zuletzt von den Erwartungshaltungen der Mediennutzer abhängig⁴⁶.

Allerdings blieb diese wissenschaftliche Darstellung im theoretischen Anspruch singulär. Budzislawskis Einfluss auf den praktischen Journalismus in der DDR war ebenfalls begrenzt, wie ihm selbst nicht verborgen blieb. Auch mit seiner Rolle als Lehrer sozialistischer Journalisten war er schon bald unzufrieden. Noch Jahre nach seinem Ausscheiden aus der Fakultät beklagte er seinen Rückzug

⁴⁴ Der Vorschlag, die SED-Parteiorganisation Karl-Marx-Universität Leipzig in die SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig umzuwandeln, geht auf einen 1966 von der SED-Bezirksleitung Leipzig gestellten Antrag zurück. Weil diese namentliche Unterscheidung bei der Etikettierung der – vom vormaligen SED-Bezirksparteiarchiv Leipzig übernommenen – Akten durch das Sächsische Staatsarchiv unberücksichtigt blieb, wird im Folgenden zwecks Vereinheitlichung auch der vor 1966 liegende Schriftverkehr unter der Bezeichnung SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig gefasst. Protokoll Nr. 90/66 des ZK-Sekretariats vom 18.10.1966, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/J IV 2/3/1227, Bl. 7.

⁴⁵ Kritik äußerte in den frühen 1950er Jahren in erster Linie Eildermann, nach der Flucht von Eduard Schulz Budzislawskis unmittelbarer Konkurrent in der Frage, wer die Geschichte der Leipziger Journalistik maßgeblich lenken solle. Demnach sei es „auf keinen Fall zu empfehlen, daß B[udzislawski] am Institut für Publizistik eine breitere Tätigkeit“ entfalte. „Die Gründe sind Euch [dem ZK der SED] bekannt: Es handelt sich sowohl um seine Verbindungen in der Vergangenheit, seine einflußreiche Tätigkeit in USA (bei Dorothy Thompson), die nur möglich war durch seine mehr als zweifelhafte Einstellung zur Sowjetunion, wie auch seine heute noch amerikanisch gefärbte Einstellung zum Pressewesen überhaupt.“ Schreiben von Wilhelm Eildermann an das ZK der SED vom 19.9.1951, in: BArch Berlin, NY 4251, Bd. 63, Bl. 204. Erst ein persönlicher Brief Budzislawskis an Wilhelm Pieck, der sich Hermann Axen gegenüber für ihn einsetzte, scheint Abhilfe geschaffen zu haben. Vgl. die Dokumente in der SED-Kaderakte von Budzislawski in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 2509, Bl. 28–35; „Beurteilung“ von Hermann Budzislawski durch die SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig vom 26.4.1951, in: LAB, C Rep. 118–01, Nr. 26041, Bl. 6.

⁴⁶ Vgl. Budzislawski, *Sozialistische Journalistik*, S. 37, S. 46, S. 63, S. 69, S. 109, S. 137, S. 144f., S. 149, S. 153–156, S. 181f. u. S. 188.

aus dem aktiven Journalismus als „Verlust“ seiner „journalistischen Persönlichkeit“⁴⁷. Mehrfach, erstmals 1959, ersuchte er das Zentralkomitee, vereinzelt auch Norden persönlich, um seine Ablösung als Dekan⁴⁸, musste jedoch bis zur Wahl eines in den Augen der Partei geeigneten Nachfolgers im Jahr 1962 im Amt bleiben.

Auf Budzislawski folgte Wolfgang Rödel, zuvor Mitglied des Staatlichen Rundfunkkomitees. Er wurde mit Beschluss des ZK-Sekretariats der SED vom 7. März 1962 als Dekan der Fakultät bestätigt⁴⁹. Wissenschaftlich ausgewiesen war Rödel kaum, eher könnte man ihn einen Praktiker mit Funktionärerfahrung nennen⁵⁰. Was ihn in den Augen der SED besonders auszeichnete, war sein klarer politischer Standpunkt: „Nie gab es irgendwelche Schwankungen in politischen und kulturpolitischen Fragen. Er setzte die Politik der Partei konsequent durch.“⁵¹ In einer von der Abteilung Agitation des ZK verfassten ausführlichen Begründung für seine Wahl zum Dekan wurde im Februar 1962 außerdem sein „besonders profiliert[es] Auftreten gegen die falschen Auffassungen von [Georg] Lucasz [sic!] und Prof. Hans Mayer“ positiv herausgestellt⁵². Nach einem „sehr hoffnungsvollen Start“, so die SED-Parteileitung an der Fakultät 1965 rückblickend⁵³, habe sich jedoch schon bald nach Amtsantritt Rödel's Gesundheitszustand verschlechtert, weshalb ihm im September 1964 Franz Knipping folgte, der sich zuvor seine Sporen als Mitglied der Parteileitung verdient hatte. Trotz dieser kurzen Zeit hatte Rödel in den Augen seiner Vorgesetzten eine „Aktivierung des Lehrkörpers und eine stärkere politische Erziehungsarbeit unter den Studenten“ erreicht⁵⁴. In der Tat blieb es in den kommenden Jahren, bis zum „Prager Frühling“,

⁴⁷ Typoskript der Dankesrede Budzislawskis zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1966), in: AdK, NL Budzislawski, Publizistische Texte, Mappe 1.

⁴⁸ Antwortschreiben von Hermann Budzislawski an Albert Norden vom 8. 1. 1962, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/TV 2/2.028/89, Bl. 19.

⁴⁹ Auszug des ZK-Beschlusses vom 7. 3. 1962, in: StA-L, Bestand Kaderakten, Nr. 455.

⁵⁰ Wolfgang Rödel (1924–2007) arbeitete seit 1948 nach einem nachkriegsbedingt nur zwei Jahre dauernden Germanistikstudium an der Pädagogischen Fachschule und der Universität Jena als Rundfunkjournalist des Landessenders Weimar, wo er 1950 die Leitung der Redaktion Kulturpolitik übernahm und später bis zum Mitglied des Staatlichen Rundfunkkomitees in Berlin aufstieg. 1954 wurde er zudem in Jena mit einer Arbeit über Georg Forster promoviert. Angaben in der SED-Kaderakte von Wolfgang Rödel, in: StA-L, Bestand Kaderakten, Nr. 455.

⁵¹ Vorlage der ZK-Abteilung Agitation an das Zentralkomitee der SED vom 5. 2. 1962, in: Ebenda.

⁵² Ebenda. Der marxistische Philosoph und Literaturwissenschaftler Georg Lukács (1885–1971) war nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 zur persona non grata in der DDR geworden. 1963, nach andauernden innerparteilichen Angriffen, sah sich Hans Mayer (1907–2001), seinerzeit Professor für Literaturwissenschaft in Leipzig, schließlich gezwungen, die DDR zu verlassen. Zu Mayers Leipziger Zeit vgl. Heydemann, Sozialistische Transformation, in: Hehl/Fitschen/Ders., Geschichte der Universität Leipzig, Bd. 4, S. 546–565.

⁵³ „Beurteilung“ von Wolfgang Rödel durch die SED-Parteileitung der Fakultät für Journalistik vom 25. 6. 1965, in: StA-L, Bestand Kaderakten, Nr. 455.

⁵⁴ So die Formulierung in einem in der SED-Kaderakte von Wolfgang Rödel unvollständig erhaltenen Dokument, in: Ebenda.

erstaunlich ruhig an der Fakultät, was auch dem Umstand geschuldet sein dürfte, dass nun zahlreiche Assistenten und einige Professoren selbst Absolventen der Fakultät waren⁵⁵. Sie hatten die strenge Parteilichkeit, die sie ihren Studenten immer wieder neu einschärfen sollten, bereits verinnerlicht.

Es wird hier vergleichsweise ausführlich auf die Dekane der Fakultät eingegangen, weil sie die vertikalen Sozialbeziehungen, also die Fakultätspolitik im engeren Sinne, in Absprache mit der Parteiführung entscheidend bestimmten. Es war daher selbstverständlich, dass nur Parteigenossen für diese Aufgabe in Frage kamen. De facto fungierte der Dekan in erster Linie als verlängerter Arm der SED. Vor Ort waren es zudem aufstrebende SED-Nachwuchskader wie Werner Clauß und Klaus Höpcke, von 1973 an stellvertretender Minister für Kultur⁵⁶, die seit Mitte der 1950er Jahre maßgeblich dafür sorgten, dass die Parteilinie in der Fakultät eingehalten wurde. Wer sich nicht ins „Kollektiv“ einfügte, bekam Schwierigkeiten oder wurde in letzter Konsequenz sogar ausgeschlossen. Dies galt nicht nur für Studenten, sondern auch für Teile des Lehrkörpers, wie der Fall des Remigranten Wieland Herzfelde verdeutlicht⁵⁷. Dieser hatte 1949 den Lehrstuhl für „Soziologie der neuen Literatur“ übernommen, ohne jemals mit den Publizisten warm zu werden. Ähnlich wie Budzislawski musste sich Herzfelde, der im New Yorker Exil eine der prägenden Figuren der deutschen Linken gewesen war, seit dem Sommer 1950 gegenüber der Partei zu seinen Jahren im kapitalistischen Westen erklären. Da die Familie Herzfelde mit Noel H. Field, dem kurzzeitig berühmten vermeintlichen US-Agenten⁵⁸, in New York privat bekannt war, wurden

⁵⁵ Sie gehörten im weitesten Sinne der „Generation 1929“ an, wie Fulbrook die Alterskohorte derjenigen nennt, die im Nationalsozialismus aufgewachsen waren und sich später in Abgrenzung von diesem besonders eng mit der DDR identifizierten. Vgl. Mary Fulbrook, *Dissonant Lives. Generations and violence through the German dictatorships*, Oxford 2011, S. 330–344.

⁵⁶ Klaus Höpcke, am 21. 11. 1933 in Cuxhaven geboren, studierte von 1951 bis 1955 am Institut für Publizistik beziehungsweise der Fakultät für Journalistik. Von 1955 bis 1960 war er zunächst am Institut für Theorie und Praxis der Pressearbeit, später am Institut für Sprache und Stilistik als Assistent und Oberassistent tätig. Seit 1953 Mitglied der Partei, gehörte Höpcke seit 1956 der Universitätsparteilitung an, als deren hauptamtlicher stellvertretender Sekretär er von 1960 bis 1962 amtierte. 1962 Wechsel in die Bezirksleitung der SED, 1964 dann als Leiter der Kulturredaktion an das „Neue Deutschland“ nach Berlin. Angaben in der SED-Kaderakte von Klaus Höpcke, in: BArch Berlin, SAPMO, DC 20/8119, vor allem Bl. 6 f. u. Bl. 28 f.

⁵⁷ Wieland Herzfelde (1896–1988), seit Ende 1918 KPD-Mitglied und Gründer des Malik-Verlages. Sein Bruder war John Heartfield (eigentlich Helmut Herzfeld), dessen Fotomontagen für die Arbeiter Illustrierten-Zeitung ihm zu bis heute anhaltender Bekanntheit verhelfen. Wieland Herzfelde lebte mit seiner Frau seit 1933 im Exil, zuletzt in New York, wo er den Aurora-Verlag, einen Gemeinschaftsverlag deutscher Schriftsteller in den USA, ehrenamtlich leitete. 1949 siedelte er in die SBZ/DDR über. Am 18. 5. 1949 ernannte ihn die Landesregierung Sachsen zum Professor mit Lehrstuhl für „Soziologie der neueren Literatur“ an der Universität Leipzig. Angaben in der SED-Kaderakte von Wieland Herzfelde, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 4504.

⁵⁸ „Erklärung des Zentralkomitees und der Zentralen Partei-Kontrollkommission der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service-Committee Noel H. Field“, in: AdK, Lite-

Herzfelde und seine Frau im März 1951 aus der Partei ausgeschlossen (und erst im Juni 1956 wieder aufgenommen)⁵⁹. In diesen fünf Jahren musste Herzfelde, den die ZK-Fachabteilung Wissenschaften als Professor „weder wissenschaftlich noch politisch“ für geeignet hielt, seine Vorlesungsmanuskripte vorab dem jeweiligen Institutsdirektor zur Prüfung vorlegen. Auch war es ihm untersagt, Seminare anzubieten. Herzfelde war aus Sicht der Partei kaum tragbar, weil er sich – als international bekannte Persönlichkeit – intellektuellen Freiraum bewahrte und die alltäglichen Diskussionen der Parteigremien an der Karl-Marx-Universität für wenig relevant erachtete⁶⁰.

Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, dass der Fakultätsrat auf Drängen Budzislawskis am 1. November 1957 beschloss⁶¹, die Streichung von Herzfeldes Lehrstuhl zu beantragen⁶². Als Begründung musste nicht nur das geringe Lehrangebot erhalten, sondern auch die Feststellung, dass der Lehrstuhl „nicht den spezifischen Bedürfnissen gerade unserer Fakultät“ entspreche. Zudem habe es Herzfelde trotz mehrfacher Aufforderung versäumt, „sich gesellschaftlich im Rahmen unserer Fakultät“ zu beteiligen. Die Fakultät sei ein „Kollektiv“, er jedoch betätigte „sich ausschließlich individuell“⁶³. Herzfelde wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 1958 vom Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen „auf eigenen Wunsch“ beurlaubt⁶⁴.

Die Fakultät für Journalistik setzte sich aus verschiedenen Instituten zusammen: zunächst aus dem „Institut für Pressegeschichte“ und dem „Institut für Theorie und Praxis der Pressearbeit“, 1956 ergänzt durch das „Institut für Rundfunkjournalismus“, das 1967 in „Institut für Rundfunk- und Fernsehjournalistik“ umbenannt wurde. 1959 kam mit dem „Institut für Literarische Publizistik und Stilistik“ ein viertes Institut hinzu⁶⁵. Insgesamt belegten die Studenten laut Lehrplan von 1954/55 Lehrveranstaltungen im Umfang von 24 bis 30 Wochenstunden, wobei die Dozenten allerdings nur zum Teil genuin journalistische Themen wie die „Geschichte der deutschen Presse“ oder die „Theorie und Praxis der Pres-

raturarchiv, Bestand Wieland Herzfelde, Sig. 3028; vgl. Georg Hermann Hodos, Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54, Berlin 1990, S. 57–65.

⁵⁹ Zur Frage, ob auch antisemitische Ressentiments gegen Herzfelde in diesem Zusammenhang eine Rolle spielten, vgl. demnächst Siemens, *Elusive Security*.

⁶⁰ Beurteilung Wieland Herzfeldes durch die ZPKK, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 4504, S. 79.

⁶¹ Bericht des stellvertretenden Leiters der BVfS Leipzig vom 11.2.1957, in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3041/64, Bl. 3–5, hier Bl. 3.

⁶² Details über den Streit, der im Grunde direkt nach dem Wechsel Herzfeldes an das Institut für Publizistik 1951 begann, im Schriftwechsel zwischen Partei und Universität, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 4504, Bl. 210–214.

⁶³ Schreiben des Dekans Hermann Budzislawski an den Staatssekretär für Hochschulwesen Wilhelm Girmus (über den Rektor der Karl-Marx-Universität, Herrn Prof. Dr. Georg Mayer) vom 2.11.1957, in: UAL, R 65, Bd. 3, Bl. 13–16.

⁶⁴ Schriftwechsel in: UAL, R 206, Bd. 10.

⁶⁵ Angaben aus: Kleine Chronik zur Geschichte der Journalistischen Fakultät, in: UAL, Bestand Fakultät für Journalistik (Journ. Fak.), 1954–1969, Findbuch, S. 16, und Schmidt, Fakultät für Journalistik, in: Universität Leipzig (Hrsg.), Jubiläen 2004, S. 56.

sarbeit“ behandelten. Viele Vorlesungen und Seminare galten staatsbürgerlichen und parteipolitischen Fragen. So wurden im ersten Studienjahr „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ und der „Politischen Ökonomie“, im zweiten „Geschichte der deutschen Literatur“ und „Geschichte des deutschen Volkes“, im dritten „Dialektischer Materialismus“, „Aufbau und Struktur der Landwirtschaft der DDR“ (!) und – erstaunlich spät – „Staatsaufbau und Gesetzgebung der DDR“, im vierten schließlich „Probleme der marxistischen Ästhetik“ und „Fragen des Parteilbens in der Zeitung“ gelehrt⁶⁶.

Schon ein kurzer Blick auf diesen Lehrplan zeigt, dass weniger die Vermittlung von journalistischen Praxiskenntnissen oder die wissenschaftliche Reflektion darüber, sondern vielmehr die Ausbildung von vielseitig verwendbaren und umfassend im Sinne der Staatsideologie geschulten Kadern im Vordergrund stand. An der Praxisferne der Absolventen änderte auch der Umstand nichts, dass das Regelstudium bereits ab Herbst 1954 um ein Jahr auf nun vier Jahre verlängert wurde und eine einjährige praktische Ausbildung in den Massenmedien der DDR hinzukam, vor allem bei Zeitungen und dem Rundfunk, später auch dem Fernsehen. Noch Anfang der 1960er Jahre urteilte der Verband der Deutschen Journalisten (VDJ) über den in der DDR ausgebildeten Nachwuchs: „Die meisten Redakteure haben reiche Erfahrungen als politische Funktionäre, aber unzureichende journalistische Kenntnisse und Fähigkeiten.“⁶⁷

Es wäre allerdings verfehlt, die Fakultät als monolithischen Block anzusehen, wie es seit der Publikation des Buches von Brigitte Klump vielfach geschehen ist⁶⁸. Was schon auf der Ebene des untereinander vielfach zerstrittenen Lehrpersonals an der Realität vorbeigeht, stimmt für die Gruppe der Studenten noch viel weniger. Hier zeigten sich seit Mitte der 1950er Jahre sowohl Fälle von aktivem Widerstand wie auch ein verbreitetes generelles Unbehagen an den politischen Zuständen innerhalb der Fakultät wie in der DDR insgesamt. Der Prorektor für den wissenschaftlichen Nachwuchs der Universität meldete jedenfalls am 14. Dezember 1955 nach Berlin, dass sich an der Fakultät für Journalistik „Ansätze eines Pessimismus bezüglich der Kraft der Volksmassen zur Lösung der gegenwärtigen Fragen“ gezeigt hätten⁶⁹. Diese verklausulierte Formulierung lässt sich als vorsichtige Andeutung verstehen, dass der Kurs der Partei nicht mehr vorbehaltlos gebilligt, sondern auch über alternative Lösungen nachgedacht wurde. Über die Ereig-

⁶⁶ Lehrplan von 1954/55, in: UAL, R 65, Bd. 2, Bl. 48–51.

⁶⁷ Verband der Deutschen Journalisten (VDJ) der DDR: Kurze Einschätzung der drei Lehrgänge für Seminarleiter an der Deutschen Journalistenschule im Dezember 1962 und Januar 1963, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 10/797, Bl. 88–94, hier Bl. 89. Ein Überblick zu dieser Organisation bei Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss/Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath (Hrsg.), Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 827–831.

⁶⁸ Vgl. etwa Karl Corino, „Gepflichtet von der Stasi. Journalisten-Ausbildung in der DDR“, in: Stuttgarter Zeitung vom 28. 4. 1979, zit. nach BStU, MfS, BV Lpz., Abt. XX 655, Bl. 7–8; Ingolf Kern, Die Sekte, in: Cicero 9 (2009), URL: <<http://www.cicero.de/berliner-republik/die-sekte/39800>>.

⁶⁹ Schreiben des Prorektors Robert Schulz an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 14. 12. 1955, in: UAL, R 123, Bl. 5–6.

nisse in Ungarn 1956 fanden an der gesamten Universität intensive Diskussionen statt. Die Staatssicherheit vermerkte, dass einige Studenten der Fakultät für Journalistik in einer Wahlversammlung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) am 19. Dezember 1956 auf die Bemerkung, dass man „geschlossen gegen den weißen Terror in Ungarn“ eintrete, mit Zwischenrufen wie „Schönfärberei!“ oder „Meinungsmaschine!“ reagiert hätten⁷⁰. Solche kritischen Wortmeldungen blieben allerdings die Ausnahme. An der Fakultät dominierten, zumindest aus Sicht der Staatssicherheit, „positive Diskussionen“⁷¹.

Anders sah es bei den Reaktionen auf den Mauerbau vom 13. August 1961 aus. Wie in einem Bericht an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen vom 30. September 1961 zu lesen ist, wurde gerade diese Frage als „Prüfstein der Haltung eines jeden Bürgers zum Arbeiter- und Bauern-Staat“ interpretiert⁷². Umso bedenklicher erschien aus offizieller Sicht, dass ein Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllte. Im Gegensatz zu den Dozenten hätten nicht wenige eine „abwartende und schwankende Haltung“ gezeigt, da sie nicht begriffen hätten, dass „die Bonner Imperialisten durch das energische Zugreifen unserer Volksarmee und der Kampfgruppen an der Entfesselung eines Bürgerkrieges gehindert wurden“⁷³. An der Fakultät für Journalistik hätten sich besonders bei den fortgeschrittenen Studenten im vierten Studienjahr „erhebliche Unklarheiten über Grundfragen unserer Politik“ gezeigt. Im Studienjahr 1960/61 besuchten nicht weniger als neun Studenten der Fakultät in ihrer Eigenschaft als Redaktionspraktikanten regelmäßig West-Berlin; Disziplinarverfahren seien aber von der Fakultät seit Monaten verschleppt worden, beklagte sich der Prorektor für Studienangelegenheiten⁷⁴. Auch seien Anfang 1962 in rascher Folge drei Fälle von „§§ 174/175“, also offenbar von „widernatürlicher“, mann-männlicher „Unzucht“ mit Schutzbefohlenen, bekannt geworden⁷⁵. Der Prorektor wertete beides offenbar in vergleichbarer Weise als Anzeichen zunehmender Dekadenz an der Fakultät.

In engem Zusammenhang mit solchen Äußerungen steht das ungewöhnlich harte Vorgehen gegen das Studentenkabarett „Rat der Spötter“ im Herbst 1961, dem mit Manfred Albani, Heinz-Martin Benecke, Peter Seidel, Hans Ronneburger, Hans-Gert Schubert und Heiko Rämisch mindestens sechs Studenten der Fakultät für Journalistik angehörten⁷⁶. Hinzu kam der ehemalige Leiter des Kaba-

⁷⁰ Informationsbericht der BVfS Leipzig vom 27. 12. 1956, in: BStU, MfS, BV Lpz., Leitung, 824 (Bd. 5), Bl. 41–44, hier Bl. 42.

⁷¹ Informationsbericht der BVfS Leipzig vom 5. 11. 1956, in: Ebenda, Leitung 02108, Bl. 130–136, hier Bl. 131.

⁷² Schreiben des Prorektors für den wissenschaftlichen Nachwuchs an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen vom 30. 11. 1961, in: UAL, R 123, Bl. 51–54.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Vgl. hierzu auch Kuo, Wodka, S. 25 f.

⁷⁵ Schreiben des Prorektors für Studienangelegenheiten, Dr. Möhle, an das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachhochschulwesen vom 30. 3. 1962, in: UAL, R 123, Bl. 57.

⁷⁶ Protokoll des Disziplinausschusses der Karl-Marx-Universität vom 16. 9. 1961, in: BStU, MfS, BV Lpz., AOP 40/64 (Bd. 1), Bl. 36–38.

retts, Ernst Röhl, der sein Journalistik-Studium gerade abgeschlossen und eine Stelle als Redakteur in Magdeburg angetreten hatte⁷⁷. Das bereits seit 1954 bestehende Kabarett, offiziell zunächst eine Einrichtung der FDJ, war in den Vorjahren mehrfach ausgezeichnet worden, unter anderem wegen eines erfolgreichen Gastspiels in der Bundesrepublik. Bestimmende Figur dieses Laienkabarett war seit 1958 Peter Sodann, seinerzeit Student der Theaterhochschule Leipzig und – wie die meisten seiner Mitstreiter – SED-Mitglied⁷⁸.

Für den Herbst 1961 hatten die Studenten ein Programm mit dem Titel „Wo der Hund begraben liegt“ ausgearbeitet, das – so sah es die Parteileitung der Universität – einen „offen konterrevolutionären Charakter“ trug. Sie behauptete sogar, dass „konterrevolutionäre Elemente“ des Kabarett im Verbund mit „anderen revisionistischen Kreisen (sogenannte Künstler und auch Halbstarke)“ eine Verschwörung geplant hätten, die als Neuauflage des Petöfi-Kreises⁷⁹ angesehen werden müsse. Es sei erwiesen, dass „dieses Kabarettprogramm als ein Bestandteil im imperialistischen Programm des Bürgerkrieges gegen unsere Republik und das ganze sozialistische Lager zu werten ist“⁸⁰. Die Vorwürfe waren gänzlich aus der Luft gegriffen⁸¹. Pikant war der Fall auch deshalb, weil das Programm dem stellvertretenden Sekretär der SED-Kreisleitung, dem ehemaligen Journalistik-Studenten Klaus Höpcke, vorab zur Prüfung vorgelegen und dieser den Studenten noch am Vormittag des 5. September, einen Tag vor der Premiere, angedeutet hatte, sie würden mit einigen Änderungen „durchkommen“⁸². Im aufgeheizten Klima des Herbstes 1961 versuchte die SED jedoch, durch ein kompromissloses Vorgehen in dieser Angelegenheit jede Art von Widerspruch zu unterdrücken. Beschwichtigende Hinweise aus der Fakultät, ja sogar aus der Abteilung Agitation des ZK, die ganze Angelegenheit sei ein „kleiner Überrest“ aus der Zeit von vor sechs oder sieben Jahren, verurteilte die SED-Kreisleitung als Versuch, „zu bagatellisieren und die aufgedeckten ideologischen Ursachen und Zusammenhänge mit Proble-

⁷⁷ Vgl. Sylvia Klötzer, *Satire und Macht. Film, Zeitung, Kabarett in der DDR*, Köln 2006, S. 121–151, hier S. 131; vgl. auch Ernst Röhl, *Der Rat der Spötter. Das Kabarett des Peter Sodann*, Köln 2002.

⁷⁸ Vgl. Klötzer, *Satire und Macht*, S. 122–130.

⁷⁹ Dieser Kreis junger Intellektueller, benannt nach dem ungarischen Volkshelden Sándor Petöfi (1823–1849), galt als treibende Kraft des ungarischen Volksaufstands von 1956. Zur Wirkungsgeschichte vgl. Matthias Braun, *Petöfi-Kreise grenzüberschreitend? Die internationalen Kontakte der intellektuellen Dissidenz*, in: Roger Engelmann (Hrsg.), *Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen*, Göttingen 2008, S. 371–389.

⁸⁰ „Zusammenfassung der Diskussion der Mitgliederversammlung der SED-Grundorganisation der Fakultät für Journalistik über die parteifeindliche Gruppierung im ‚Rat der Spötter‘ am 11. September 1961“, in: StA-L, 21145 SED-Stadtleitung, Nr. 70.

⁸¹ Bezeichnend war etwa der Umstand, dass einem Sekretär der SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig in einem Schreiben an die SED-Bezirksleitung der vielsagende „Fehler“ unterlief, im Zusammenhang mit dem fraglichen Kabarettprogramm nicht von einer feindlichen, sondern einer „friedlichen politischen Linie“, die das Programm verfolge, zu berichten. Schreiben des Sekretärs der Universitätsparteileitung an die SED-Bezirksleitung vom 7.9.1961, in: StA-L, 21132 SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig, Nr. IV/4/14/046, Bl. 163.

⁸² Für Details siehe Klötzer, *Satire und Macht*, S. 131 f.

men in Forschung, Lehre und Erziehung an der Fakultät zu verwischen⁸³. Die Partei vor Ort sah „ernste Mängel und Schwächen in der erzieherischen Tätigkeit des Lehrkörpers“; einzelne Stimmen gingen sogar soweit, in der Fakultät eine „Plattform des Gegners“ auszumachen⁸⁴.

Nach der Voraufführung am Abend des 5. September 1961 verbot die Parteileitung der Karl-Marx-Universität das Programm. Die wichtigsten Mitglieder des Kabarett wurden am 9. September verhaftet und blieben bis zu ihrer Verurteilung durch das Bezirksgericht Leipzig am 16. Juli 1962 in Untersuchungshaft. Wegen „fortgesetzter staatsgefährdender Hetze“ wurden drei von ihnen zu Haftstrafen zwischen einem Jahr und 10 Monaten (Sodann) beziehungsweise zu einem Jahr (Röhl, Albani) verurteilt. Die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Allerdings hatten die Verurteilten bereits ein knappes Jahr in Untersuchungshaft verbracht, womit sie einen Großteil der Strafe faktisch abgesehen hatten⁸⁵.

Diese Affäre hatte auch für die Fakultät Konsequenzen. Die ZK-Abteilung Agitation machte insbesondere Dekan Budzislawski dafür verantwortlich, dass sich ausgerechnet Studenten der Fakultät für Journalistik für die „Unterstützung konterrevolutionärer Elemente“ – so eine Formulierung des Disziplinarausschusses der Universität – hergegeben hätten. Die Vorgänge in Leipzig hätten gezeigt, dass er nicht mehr über die „erforderliche Kraft“ verfüge, die Fakultät verantwortlich zu leiten⁸⁶. Budzislawski, der nicht mehr auf die schützende Hand Nordens zählen konnte, wurde abgelöst. Spätestens von nun an dominierten auch an der Fakultät für Journalistik die ideologischen Hardliner. Es muss bis auf Weiteres offen bleiben, ob und inwieweit die studentischen Parteigruppen, die gegenüber der Fakultätsleitung und der Parteigruppe der Wissenschaftler beachtliche Autonomie- und Dispositionsspielräume behaupteten, an diesen letztlich parteilich legitimierten Vorgängen beteiligt waren⁸⁷. Unterm Strich jedenfalls trafen die Anstrengungen Budzislawskis, an der Fakultät eine Art wissenschaftliches Ordnungssystem zu etablieren, das sich eben nicht in allen Punkten umstandslos in die marxistisch-leninistische Grundausrichtung einfügen ließ, auf wenig Gegenliebe. Und schon in dieser Hinsicht wich die formelle Fakultätshierarchie teils erheblich von der realen Machtstruktur ab.

⁸³ Schreiben des Sekretärs der SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität, Böhme, an Paul Fröhlich, SED-Bezirksleitung (17. 3. 1962), in: StA-L, 21132 SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig, Nr. IV/4/14/046, Bl. 171.

⁸⁴ Karl-Marx-Universität, „Die Situation im Lehrkörper“ (1961), in: UAL, R 117, Bd. 2, Bl. 4–57, hier Bl. 37.

⁸⁵ Vgl. Silvia Klötzer, „Wo der Hund begraben liegt“: Vom Ende des Studentenkabarett „Rat der Spötter“ 1961/62, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 20–21 (2000), S. 6–18, hier S. 15.

⁸⁶ Vorlage der ZK-Abteilung Agitation an das Sekretariat des ZK der SED vom 5. 2. 1962, in: StA-L, Bestand Kaderakten, Nr. 455.

⁸⁷ Vgl. Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (30.3.-6. 4. 1954), Berlin 1954, S. 1115–1141, vor allem S. 1118ff.

Lenkung der Fakultätspolitik durch die Abteilung Agitation beim ZK der SED?

Mit dem Ende der parteiinternen Kampagnen gegen Juden und Westemigranten Mitte der 1950er Jahre kam es in der Parteiführung in Berlin zu einer wichtigen Regelung, die den DDR-Journalismus betraf. Fred Oelbner von der Abteilung Agitation des ZK, der bis dahin die gesamte Presselandschaft der DDR einschließlich der Ausbildungssituation in Leipzig verantwortete und der noch 1952/53 tatkräftig an den zum Teil antijüdischen Parteisäuberungen mitgewirkt hatte, musste im März 1955 ausgerechnet einem Funktionär jüdischer Herkunft weichen, der von Walter Ulbricht jahrelang nach Kräften protegiert worden war: dem Publizisten Albert Norden⁸⁸. An dessen journalistischen Fertigkeiten sowie seiner Loyalität der Partei gegenüber bestanden in den Augen Ulbrichts keinerlei Zweifel, hatte Norden doch schon zur Zeit der Weimarer Republik als leitender Redakteur bei mehreren kommunistischen Zeitungen gearbeitet⁸⁹.

Welche hohen Erwartungen Ulbricht in Nordens vermeintliches Expertenwissen setzte, lässt sich vor allem daran ersehen, dass er ihn noch 1955 zum Vorsitzenden der Kommission für Agitation beim Zentralkomitee ernannte⁹⁰. Eine der wesentlichen Aufgaben, die diese Agitationskommission vor dem Hintergrund der deutschlandpolitischen Ziele der SED zu erfüllen hatte⁹¹, bestand darin, Argumente auszuarbeiten, die auch auf dem Gebiet der massenmedialen Produktion zum „Sieg“ im „Wettbewerb mit dem kapitalistischen Ausland“ beizutragen hatten. Dafür bedürfe es aber, so Nordens frühe Bestandsaufnahme, einer umfassenden Änderung im Bereich von Ausbildung und Arbeitsweise des Journalismus⁹², der stärker noch als bisher eine entschiedene Konfrontation mit dem „westdeutschen Herrschaftssystem“ suchen sollte⁹³.

Seit 1955 umfasste die „Entscheidungs- und Definitionsmacht“⁹⁴ Nordens die zentralen Arbeitsbereiche für die Print- und audiovisuellen Massenmedien in der DDR, Leipzigs journalistisches Ausbildungszentrum eingeschlossen⁹⁵. In wich-

⁸⁸ Vgl. Andreas Malycha, *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953*, Paderborn u. a. 2000; Podewin, *Rabbinersohn*, S. 190–294.

⁸⁹ Vgl. hierzu den im Bundesarchiv Lichterfelde in mehreren Bänden verwahrten Nachlass Albert Nordens (NY 4217) sowie zur Kurzbiographie die Angaben in Anm. 43.

⁹⁰ Vgl. zur Personalentwicklung und den Arbeitsabläufen im zentralen Parteiapparat Heike Amos, *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Zentralkomitee und ZK-Apparat*, Münster/Hamburg/London 2003.

⁹¹ Vgl. Michael Lemke, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*, Köln/Weimar/Wien 2001.

⁹² Rede von Albert Norden auf der Sitzung des Zentralvorstandes des Verbandes der Deutschen Presse vom 26. 11. 1955, in: BArch Berlin, SAPMO, NY 4217/38, Bl. 172–187.

⁹³ Entwurf zum Referat von Albert Norden mit dem Titel „Die ideologische Waffe der Partei. Presse, Rundfunk und Fernsehen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus“ (Dezember 1964), in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV A 2/9.02/62.

⁹⁴ Welskopp, *Ein modernes Klassenkonzept*, S. 87.

⁹⁵ Aufgaben und Arbeitsweise der Agitationskommission und der Abteilung Agitation (Protokoll Nr. 6/65 des Politbüros vom 9. 2. 1965), in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/4686, Bl.

tigen Sach- und Personalfragen an der Fakultät für Journalistik, die allesamt im Politbüro und im Sekretariat des ZK der SED abgewickelt wurden, hatte Norden ein Mitspracherecht. Als ständiges Mitglied der beiden wöchentlich tagenden Gremien war er zweifelsohne am besten über die Ausbildungssituation in Leipzig informiert. Die SED-Spitze wiederum erfuhr von den dortigen Entwicklungen in erster Linie aus den Netzstellen, die der Entscheidungskompetenz Nordens folgten.

Doch spielten die genannten Parteiinstanzen für die Journalistenausbildung in Leipzig tatsächlich eine so zentrale Rolle, wie es das Bild der arbeitsteiligen Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen nahelegt? Oder kam nicht auch den in der Bezirkshauptstadt Leipzig ansässigen Einrichtungen wie der Karl-Marx-Universität eine wichtige Bedeutung zu, die als staatliche Organisation zum einen der ZK-Fachabteilung Wissenschaften unterstand und die zum anderen auf regionaler Ebene im Einflussbereich der mächtigen SED-Bezirkssekretariate⁹⁶ lag? Diese Fragen sind nicht leicht zu beantworten, verfügen wir für das DDR-Regime doch kaum über Studien zum Beziehungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie, die die angebliche Dominanz und Allmacht der Zentrale gegenüber den Städten und Bezirken des Landes kritisch hinterfragen⁹⁷. Hier sind weitere Forschungen nötig, denn „selbst in einem zentralistischen Staat wie der DDR war die Parteiführung weder personell noch konzeptionell in der Lage, für jeden Bezirk und Kreis alle Probleme [...] zu erkennen, zu behandeln und zu lösen“⁹⁸.

Eine Analyse der Beziehung der Fakultät zur Parteiführung in Berlin deutet nicht auf eine ausschließliche „Fremdbestimmung“ aus der Hauptstadt hin. Von einer uneingeschränkten Herrschaft der Abteilung Agitation des ZK kann nicht die Rede sein. Zwar kam dieser Parteidienststelle, im Jahr 1955 mit weit über fünfzig Angestellten eine der größten ihrer Art, eine herausragende Rolle für die Ausbildung von Journalisten in der DDR zu⁹⁹. So waren die Kontrolle von Lehrplänen

33; Hauptnomenklatur des Zentralkomitees (Protokoll Nr. 36/60 des ZK-Sekretariats vom 26.9.1960), in: Ebenda, DY 30/J IV 2/3/704, Bl. 118.

⁹⁶ Vgl. dazu Mario Niemann, *Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989*, Paderborn u. a. 2007.

⁹⁷ Vgl. Jan Palmowski, *Regional Identities and the Limits of Democratic Centralism in the GDR*, in: *Journal of Contemporary History* 41 (2006), S. 503–526; Heinz Mestrup, *Die unterschiedlichen Realitäten im regionalen Herrschaftsalltag der DDR. Das Beispiel der thüringischen Ersten Bezirks- und Kreissekretäre der SED*, in: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hrsg.), *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*, Berlin 2011, S. 187–209.

⁹⁸ Niemann, *Die Sekretäre*, S. 196.

⁹⁹ Als ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda unterstanden Norden in seiner Dienstzeit von 1955 bis 1967 insgesamt drei Abteilungsleiter: Horst Sindermann (1953–1963), Rudolf Singer (1963–1966) und Werner Lamberz (1966–1971). Die in den 1950er Jahren nicht enden wollende organisatorische Umstrukturierung der Abteilung fiel also nahezu ausschließlich in die Zeit von Horst Sindermann. Unter ihm wurde die Abteilung erstmals im Januar 1954 von der Abteilung Presse und Rundfunk (zuvor Umbenennung von der Abteilung Presse und Massenagitation zur Abteilung Agitation) neuerlich in die Abteilung Agitation umgestaltet, bevor sie im Frühjahr 1955 zur Abteilung Agitation, Presse und Rundfunk sowie zwischen 1957 bis 1961 in die Abteilung Agitation und Propaganda zusammengelegt wurde. „Von 1961 bis zur Auflösung 1989 gab es dann wieder eine Abteilung Agitation, deren Sektoren und

und Forschungsprogrammen, die Auswahl der Studenten und die Zuweisung der Absolventen, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Festlegung des Austausches mit benachbarten „Bruderstaaten“ allesamt Entscheidungen, die außerhalb der Fakultätsmauern getroffen wurden und zuweilen sogar die Agitationskommission beim Politbüro unmittelbar beschäftigten¹⁰⁰. Allerdings: Auch wenn die ZK-Fachabteilung Agitation für sich selbst in Anspruch nahm, über die Fakultäts- und Parteileitung hinaus direkt auf die Parteiorganisation der Fakultät Einfluss zu nehmen¹⁰¹, so überschritt sich doch gerade dieses Aufgabenfeld eindeutig mit dem Zuständigkeitsbereich der SED-Organisation an der Universität¹⁰². Derartige Kompetenzüberschneidungen waren nicht einmal an der Moskauer Fakultät für Journalistik gegeben¹⁰³, die im sowjetischen Einflussbereich als Mekka der journalistischen Ausbildung galt und von der man sich auch in Leipzig anfänglich gewinnbringende Impulse versprach¹⁰⁴.

Die von Norden angestrebte vollständige Abschottung der Fakultät von der Leipziger Universitätsparteileitung zugunsten der von ihm geleiteten Agitationskommission ließ sich weder Mitte der 1950er Jahre noch zu einem späteren Zeitpunkt durchsetzen. „Bei aller Bedeutung der Fakultät in der Ausbildung von Parteifunktionären bleibt sie eine Fakultät der Karl-Marx-Universität“¹⁰⁵, urteilte denn auch die Wissenschaftsabteilung des ZK-Sekretärs Kurt Hager, die damit zugleich wiederholt die Grenzen der Entscheidungskompetenz Nordens deutlich machte. Im Gegensatz zu Norden forcierte Hager, der noch Jahre nach dem Mauerfall den Standpunkt vertrat, die „Verarmung“ der „weltanschaulichen und politischen Kultur“ in der DDR sei auf ein mangelhaftes Studium des Marxismus-Leninismus zurückzuführen¹⁰⁶, die Erziehungs- und Parteiarbeit an der Universität nach Kräften. Formal gesehen stand ihm hierfür ab 1959/60 mit der beim Politbüro angesiedelten Ideologiekommision ein zusätzliches Instrument zur Verfü-

Leitungsstrukturen sich jedoch ständig änderten. Die grundsätzlichen Aufgabenzuweisungen blieben jedoch bis zuletzt erhalten.“ Vgl. Holzweißig, Die schärfste Waffe, S. 12.

¹⁰⁰ Schreiben der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der SED an die Abteilung Wissenschaften vom 31. 12. 1957, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/230, Bl. 38; Schreiben von Rudi Singer an die Mitglieder der Agitationskommission vom 11. 12. 1963, in: Ebenda, DY 30/IV A 2/9.02/107; Richtlinie für die Arbeit der Fakultät für Journalistik vom 6. 12. 1957, in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.04/230, Bl. 22–38.

¹⁰¹ Richtlinie für die Arbeit der Fakultät für Journalistik vom 6. 12. 1957, in: Ebenda, Bl. 31.

¹⁰² EntschlieÙung der SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität Leipzig vom 21. 10. 1955, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/558, Bl. 363–364.

¹⁰³ Bericht über die Studienreise in die Sowjetunion 21.5.-4.6. 1957, in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.04/230, Bl. 1–21, hier Bl. 13.

¹⁰⁴ Schreiben der Moskauer Fakultät für Journalistik an Professor Wilhelm Eildermann vom 10. 2. 1954, in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.04/18, Bl. 213–217; Vorlage an das Sekretariat des ZK bezüglich der Entsendung einer Delegation zum Studium der journalistischen Ausbildung in der Sowjetunion (2. 4. 1957), in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.02/14, Bl. 111–112; Ansuchen des Politbüros an das ZK der KPdSU (B) um Entsendung eines Professors an das Institut für Publizistik in Leipzig (2. 10. 1951), in: Ebenda, DY 30/IV 2/2/169, Bl. 6.

¹⁰⁵ Stellungnahme der ZK-Abteilung Wissenschaften zur Sekretariatsvorlage der Abteilung Agitation und Propaganda vom 17. 10. 1958, in: Ebenda, DY 30/IV 2/9.04/21, Bl. 74.

¹⁰⁶ Vgl. Kurt Hager, Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 151.

gung. Aber auch in den Berliner Verwaltungsstellen Kaderabteilung und Leitende Parteiorgane, die ihn ebenfalls mit Vollmachten ausstatteten, sicherte sich Hager bedeutende Zugriffsmöglichkeiten auf die Karl-Marx-Universität Leipzig. Auf Basis dieser Anhäufung von Kompetenzen wurden einerseits die normierten Regelungen parteibürokratischer Herrschaft umgangen, was in der Regel zu Überschneidungen zwischen den jeweiligen Arbeitsbereichen und somit zu Streitigkeiten führte¹⁰⁷. Andererseits konnten die von Hager verfochtenen Parteidogmen auf verschiedenen Wegen beschleunigt transportiert werden. Bei abweichendem Verhalten konnte er ebenso zügig wie rigide durchgreifen¹⁰⁸.

So auch im Fall der Fakultät für Journalistik: Hier war die von Norden und Budzislawski vorrangig auf die Einübung hoher fachlicher Kenntnisse und Fertigkeiten ausgerichtete Lehr- und Forschungstätigkeit sowohl dem Leiter der Abteilung Wissenschaften, Kurt Hager, als auch dem Bezirkschef in Leipzig, Paul Fröhlich, von Beginn an ein Dorn im Auge¹⁰⁹. Wie der „SED-Chefideologe“ Hager nicht minder um die Bekämpfung und Aufdeckung von „Zersetzungserscheinungen“ im Marxismus-Leninismus bemüht, machte auch Fröhlich schon in den 1950er Jahren durch eine „sektiererische intelligenz-feindliche Politik gegen demokratisch gesinnte Professoren an der Leipziger Universität“ auf sich aufmerksam¹¹⁰. So habe er am 15. November 1956 seinen Funktionären vorgeschlagen, wie man mit diesen „Freidenkern“ umgehen solle: „Ich bin dafür, daß wir Methoden ergreifen, die analog sind, wie wir uns früher mit der SA und SS auseinandergesetzt haben.“ Warum ein Journalist befähigt werden sollte, „Argumentation, Sprache und Stil in den verschiedenen Genres meisterhaft zu handhaben“¹¹¹, wollte

¹⁰⁷ Schreiben von Albert Norden an Kurt Hager betreffend die „unzureichende Ausbildung an der Deutschen Filmhochschule“ und die „ernste Kaderlage im Deutschen Fernsehfunk auf kulturpolitischem Gebiet“, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV A 2/2.028/60, Bl. 115 f.

¹⁰⁸ Ein gutes Beispiel hierfür ist die im Dezember 1966 auf Drängen der von Hager geführten ZK-Abteilung Wissenschaften eingeleitete und im Februar des darauffolgenden Jahres durch die Abteilung Leitende Parteiorgane des ZK der SED beendete „Überprüfung“ des „partei feindlichen Verhaltens“ zahlreicher am Institut für Geschichte der Europäischen Volksdemokratien der Karl-Marx-Universität Leipzig arbeitender Institutsdirektoren und Studenten. Schreiben der ZK-Abteilung Parteiorgane an das ZK-Sekretariat vom 10. 3. 1967, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/J IV 2/3J/557, Bl. 1–6; vgl. zu Hager auch die Bemerkungen bei Andreas Malycha/Peter Jochen Winters, *Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei*, Bonn 2009, S. 146 f.

¹⁰⁹ Einschätzung des gegenwärtigen Standes der Arbeit der Parteiorganisationen an den Universitäten vom 25. 5. 1957, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/56, Bl. 158; Schlussfolgerungen der SED-Parteileitung Karl-Marx-Universität vom 5. 12. 1961, in: BStU, MfS, BV Lpz., AOP 40/64 (Bd. 2), Bl. 68–75, insbes. Bl. 71.

¹¹⁰ Karl Schirdewan, *Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik*, Berlin 1996, S. 36.

¹¹¹ Thesen zur III. Pressekonferenz der SED vom 21. 3. 1959, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.02/53b, Bl. 60; vgl. auch den von Karl-Heinz Röhr und Willy Walther, beide ehemals wissenschaftliche Assistenten von Hermann Budzislawski, verfassten Beitrag zu dessen wissenschaftlichen Prämissen: Hermann Budzislawski, in: *Journalismus und Gesellschaft: Festschrift der Fakultät für Journalistik Karl-Marx-Universität Leipzig (Hermann Budzislawski zum 65. Geburtstag)*, Leipzig 1966, S. 9–22, und Budzislawskis öffentlichen Rechenschaftsbericht vor der Fakultät für Journalistik am 15. 10. 1958, in: Hermann Budzislawski, *Die Aus-*

auch Hans-Joachim Böhme, bis 1966 einer der „Macher“ in der Leipziger Universitätsparteileitung, bevor er für knapp zwei Jahrzehnte in den Ministerialrang des Hoch- und Fachschulwesens der DDR gehiebt wurde, nicht einleuchten – besonders dann nicht, wenn zur gleichen Zeit sowohl zum Parteilehrjahr wie zum Marxistischen Kolloquium zeitweise weniger als die Hälfte aller an der Fakultät beschäftigten Wissenschaftler erschienen und auch die Studenten eine Vortragsreihe zur Geschichte der Arbeiterbewegung augenscheinlich desinteressiert verfolgten¹¹².

Ungeachtet der Frage, welchen Anklang die Lehrangebote an der Fakultät für Journalistik tatsächlich fanden, wurden diese von den „aktiven Parteiarbeitern“ in erster Linie danach beurteilt, welchen Beitrag sie zur ideologischen Formierung der Studenten leisteten. Ein Infragestellen von Bestandteilen des marxistisch-leninistischen Gedankengebäudes zugunsten der Einhaltung wissenschaftlicher Standards kam nach Ansicht der orthodoxen Verfechter der Parteilinie einer Verletzung des SED-Statuts und somit der Parteidisziplin gleich, die eigentlich „als unantastbare Grundlage des Parteilebens und des Parteaufbaus“ zu gelten hatte¹¹³. „Intellektuelle Anstrengungen des Einzelnen, historische Wahrheit zu ergründen, waren schon im Ansatz verfehlt. [...] Der Weg des Parteimitglieds in die Partei war begleitet vom Abtöten der eigenen Subjektivität. Der Mensch entwickelte sich zum Genossen, indem er sich von seiner unvollkommenen bürgerlichen Herkunft löste und durch permanente Selbstkritik vom Subjekt zum Kommunisten wandelte.“¹¹⁴

Zusammen mit der Unteren Universitätsparteileitung und den studentischen Parteigruppen formierte sich spätestens Ende der 1950er Jahre eine regelrechte Kampfgemeinschaft, die die Fraktion Budzislawskis schwächen und letztlich die Umkehrung der in der Fakultäts- und Parteileitung herrschenden Machtverhältnisse herbeiführen wollte. In der Durchführung oder gar Intensivierung der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit an der Fakultät, wie sie noch 1959 von Budzislawski vor hunderten von Mitgliedern der Partei offiziell eingefordert wurde¹¹⁵

bildung der Journalisten und die Erforschung der Presse (Leipziger Universitätsreden, H. 5), Leipzig 1959, S. 13 f.

¹¹² IM-Bericht vom 23. 1. 1957, in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3041/64, Bl. 8; Kurzinformation über den Stand der Parteischulung an der Karl-Marx-Universität Leipzig vom April 1963, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV A 2/9.04/408; Informationsbericht der SED-Parteileitung der Fakultät für Journalistik (9. 6. 1965), in: StA-L, 21442 SED-Grundorganisation Journalistik, Nr. IV/A/7/122/010.

¹¹³ Vgl. Rede von Karl Schirdewan über die „Abänderungen am Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, in: Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (30.3.-6.4. 1954: 1.-4. Verhandlungstag), Berlin 1954, S. 904–970, hier S. 905 f.

¹¹⁴ Bernd Florath, Die Partei, in: Martin Sabrow (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 79–89, hier S. 85 u. S. 87; Berthold Unfried, „Ich bekenne“. Katholische Beichte und sowjetische Selbstkritik, Frankfurt a.M. 2006.

¹¹⁵ Rede von Hermann Budzislawski auf der III. Pressekonferenz des Zentralkomitees der SED in Leipzig (17./18. 4. 1959), in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/555, Bl. 280–288, insbes. Bl. 287.

und die ihn ungeachtet der Rückendeckung Nordens schließlich immer weiter ins Abseits beförderte, glaubte Hans-Joachim Böhme in der Parteidienststelle der Universitätsleitung gleichsam den Ursprung allen Übels zu identifizieren. Als Norden gegen Mitte der 1960er Jahre nochmals den Versuch unternahm, den Medienvertretern der SED zu erklären, dass der Journalist nur dann auf zeitgemäße Weise den Anforderungen seines Berufsalltags gerecht werden könne, wenn man die Zügel der Parteinorm lockere, da eben nicht alles, worüber die Medien zu berichten hatten, in die Theorie einzupassen sei, applaudierte die Zuhörerschaft nicht¹¹⁶. Es dauerte nur noch ein Jahr, bis die Verantwortung, die Norden für die Massenmedien in der DDR trug, in andere Hände überging¹¹⁷.

In Leipzig nahm der Druck auf den „wissenschaftlichen“ Flügel um Budzislawski seit Ende der 1950er Jahre beständig zu. Darunter litten nicht nur der Dekan, sondern auch die an seinem Institut für Theorie und Praxis der Pressearbeit beschäftigten wissenschaftlichen Angestellten. Provokationen wie: „Sie werden einen leichten Tod haben, denn sie haben nicht viel Geist aufzugeben“, zählte der zum Sündenbock stigmatisierte Budzislawski noch zu den „leppische[n] [sic!] Beschimpfungen“, die ihm am Arbeitsplatz widerfuhr¹¹⁸. Von einem konstruktiven Miteinander an der Fakultät konnte inzwischen nicht mehr die Rede sein. Ab April 1962, also in den Wochen, in denen Budzislawski seinen Posten als Dekan aufgab, wurde amtlich, was sich in der Zusammensetzung der Parteioorganisation an der Fakultät schon lange anbahnte: Erstmals legte man schriftlich fest, dass jeder der an der Fakultät beschäftigten Wissenschaftler den SED-Parteigruppen zu unterstehen hatte. Mit der Formulierung: „Die Parteigruppen sind das wichtigste Instrument zur Parteierziehung der Wissenschaftler“, war zugleich die Berichtspflicht darüber inbegriffen, wie und vor allem was es fortan in den Seminargruppen zu unterrichten galt¹¹⁹. Die dazu notwendigen Absprachen waren mit den sogenannten Parteigruppenorganisatoren zu treffen, die wie der Oberassistent J., der die Parteigruppe am Institut für Sprache und Stilistik leitete, über deutlich mehr Erfahrung verfügen konnten und teils auch selbst als Journalisten gearbeitet hatten¹²⁰. J., der vor Studienantritt zweieinhalb Jahre für eine Bezirkszeitung tätig gewesen war, stellte jedoch eher die Ausnahme dar. Wie aus einer zum Jahreswechsel 1957/58 erhobenen Statistik hervorgeht, waren unter den 57 Mitarbeitern, die zu dieser Zeit in Lehrverantwortung standen, 95 Prozent junge

¹¹⁶ Vgl. Rede von Albert Norden vor dem Verband der Deutschen Journalisten vom 27. 1. 1966, in: Albert Norden, In Aktion für das sozialistische Vaterland. Ausgewählte Aufsätze und Reden 1964–1969, Berlin 1969, S. 202–213, hier S. 207 u. S. 211 f.

¹¹⁷ Die Absetzung Nordens war auch Ausdruck eines veränderten, oftmals zynischen Umgangs mit älteren Kommunisten in der DDR seit den 1960er Jahren. Vgl. hierzu Catherine Epstein, *The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century*, Cambridge/London 2003, S. 187–243.

¹¹⁸ Aktennotiz vom 12. 9. 1961, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/558, Bl. 233.

¹¹⁹ Entschließung der SED-Parteioorganisation der Fakultät für Journalistik vom 16./17. 4. 1962, in: StA-L, 21442 SED-Grundorganisation Journalistik, Nr. IV/7/122/03.

¹²⁰ Abschrift der „Beurteilung“ von J. vom 3. 2. 1955, in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3043/64, Bl. 47–48.

Assistenten, von denen die überwiegende Mehrheit bis zu diesem Zeitpunkt keine Erfahrungen in der journalistischen Praxis vorzuweisen hatte¹²¹.

Dieser Mangel an „Praxisverbundenheit“, den J. und andere Vertreter der SED-Parteigruppen vor allem dem Wissenschaftler Budzislawski und seinen Anhängern anlasteten, wirkte sich auf die Akzeptanz des Lehrpersonals verheerend aus. Orthodox sowjetmarxistische Vertreter der SED bedienten sich einer Art „Stigma-Theorie“¹²², die die Minderwertigkeit der „kleinbürgerlichen Intelligenzler“ und „Nur-Fachmänner“ erklären und die Gefährdung der Fakultät durch die Stigmatisierten nachweisen sollte, die angeblich primär ihrem „bequemen Subjektivismus“ frönten. Auch die ZK-Abteilung Agitation ging inzwischen davon aus, dass Budzislawski die Fakultätsarbeit, so eine vielsagende Formulierung, „doch etwas *einseitig zu Gunsten der Wissenschaft von der Journalistik*“ ausgelegt“ habe¹²³. Noch im Jahr 1966 kritisierte Emil Dusiska, seit 1965 Professor für Theorie und Praxis des sozialistischen Pressewesens, die mangelnde Lehrbefähigung der Fakultätsmitarbeiter und die in den Vorjahren „völlig ungenügende Vermittlung eines geschlossenen marxistischen Geschichtsbildes“¹²⁴. Erst unter seiner Leitung, so ließ der 1967 zum Dekan aufgestiegene Dusiska in seinem Rechenschaftsbericht an das Zentralkomitee 1968 wissen, sei eine Trendwende eingeleitet worden. Der Bereich Marxismus-Leninismus würde inzwischen, nachdem nicht weniger als ein Viertel der Belegschaft ausgetauscht worden sei, schon 24 Prozent des Lehrprogramms ausmachen. Und stolz fügte Dusiska hinzu: „Es gibt keine gesellschaftswissenschaftliche Fakultät, an der die Studenten eine so umfangreiche Ausbildung in M/L. erhalten.“¹²⁵

Diese Entwicklung zeigt exemplarisch den Erfolg der Parteidogmatiker, die sich in den 1960er Jahren auf den unterschiedlichen Ebenen der DDR-Bürokratie verstärkt durchsetzten. Damit verbunden war zugleich das institutionelle Scheitern einer auch am Medienkonsumenten orientierten politischen Publizistik. Das ist bemerkenswert, weil in Moskau im gleichen Jahrzehnt ein Institut für empirische Meinungsforschung gegründet wurde¹²⁶. Während die KPdSU nach Stalins Tod eine populäre sowjetische Massenkultur propagierte, die nicht zuletzt auf der Berücksichtigung der Medienkonsumwünsche der Bürger basierte¹²⁷, setzten sich

¹²¹ Richtlinie für die Arbeit der Fakultät für Journalistik vom 6.12.1957, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/9.04/230, Bl. 25–27 u. Bl. 29–30.

¹²² Erving Goffman, Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt a.M. 1967, S. 14.

¹²³ Schreiben der Abteilung Agitation des ZK an das Büro Norden vom 19.4.1966, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV A 2/2.028/61, Bl. 9 (Hervorhebung im Original).

¹²⁴ Bericht von Emil Dusiska über die Arbeit des Instituts für Theorie und Praxis der Pressearbeit (19.4.1966), in: Ebenda, Bl. 11–30.

¹²⁵ Rechenschaftsbericht vom Dekan Emil Dusiska über die Fakultät für Journalistik (7.12.1968), in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/2.106/5, Bl. 233 u. 235–236.

¹²⁶ Vgl. Paul Roth, Sow-inform. Nachrichtenwesen und Informationspolitik der Sowjetunion, Düsseldorf 1980, S. 200; René Ahlberg, Theorie der öffentlichen Meinung und empirische Meinungsforschung in der UdSSR, in: osteuropa 19 (1969) H. 3, S. 161–172, hier S. 168–172.

¹²⁷ Vgl. Kristin Roth-Ey, Moscow prime time: How the Soviet Union built the media empire that lost the cultural Cold War, Ithaca 2011.

in der DDR die Vertreter eines doktrinär-leninistischen Verlautbarungsjournalismus durch, der entscheidend zur anhaltenden Entfremdung von Partei und Bürgern beitrug.

Die Bedeutung der Staatssicherheit

Spätestens seit dem Erscheinen des Buches von Brigitte Klump 1978 galt die Fakultät für Journalistik in der Bundesrepublik als eine Einrichtung, die vom Inlandsgeheimdienst der DDR nicht nur streng überwacht, sondern auch intensiv zur Rekrutierung eigenen Personals genutzt wurde. Man habe es, so Klump, mit einem regelrechten „Ausbildungsinstitut für den Staatssicherheitsdienst“ zu tun¹²⁸. Jeder Student lerne während des Studiums, dass er ohne die „freiwillige“ Mitarbeit für das MfS das Studium nicht erfolgreich abschließen könne. Wer das einmal begriffen und akzeptiert habe, dem standen anschließend viele Karriere-möglichkeiten in der DDR offen¹²⁹. Nach der Wiedervereinigung äußerten sich ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdiensts ähnlich: Die Hauptverwaltung Aufklärung, der dem MfS zugeordnete Auslandsgeheimdienst der DDR, habe „grundsätzlich“ alle Studenten an der Fakultät erfasst; auch seien in den Seminargruppen stets Studenten vertreten gewesen, die sich als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) hätten anwerben lassen¹³⁰.

Ein genauerer Blick auf die Tätigkeit der Staatssicherheit an der Universität Leipzig im fraglichen Zeitraum lässt eine solche engmaschige Überwachung jedoch zweifelhaft erscheinen. Obwohl die Staatssicherheit seit den 1950er Jahren eine aktive Rolle an der Fakultät spielte, war ihr konkreter Einfluss weniger umfassend als bislang angenommen. Wie die folgenden Absätze zeigen, war es auch gar nicht erforderlich, alle Studenten „aktiv“ anzugehen. Für den angestrebten Zweck, die zukünftigen Kader auf eine eventuelle reibungslose Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit im Berufsleben vorzubereiten, genügte es schon, den Anschein einer totalen Durchdringung der Fakultät zu erwecken. Schaut man allein auf die der Abteilung V¹³¹ zugehörige Diensteinheit, die die gesamte Leipziger Universität zu „sichern“ hatte, wird schnell klar, dass diese weit vom Selbstanspruch einer

¹²⁸ Klump, *Das rote Kloster*, S. 223.

¹²⁹ Vgl. ebenda, S. 252, S. 256 u. S. 273 f.

¹³⁰ Dieser Themenkomplex ist noch nicht hinreichend aufgearbeitet worden. Vgl. bislang Steffen Reichert, *Transformationsprozesse. Der Umbau der LVZ*, Münster 2002, S. 50; Frank Nordhausen, *Seminargruppe 606*, in: *Berliner Zeitung* vom 13.2.2002, URL: <https://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2002/0213/seite3/0001/index.html>.

¹³¹ Die Mitarbeiter der Linie V bildeten den „Kernbereich des Systems der politischen Repression und Überwachung des Ministeriums für Staatssicherheit. In Struktur und Tätigkeit passte sich die Abteilung mehrfach an die sich wandelnden Bedingungen der Herrschaftssicherung an.“ 1964 erfolgte ihre letztmalige Umbenennung in die Hauptabteilung XX (in den Bezirksverwaltungen „Abteilungen“ oder „Linie XX“ genannt), deren Geheimdienst-aufgabe nach wie vor in der Überwachung von Staatsapparat, Kultur, Opposition und Kirchen bestand. Vgl. grundlegend Thomas Auerbach u. a., *Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“*, Berlin 2008, Zitat S. 3.

flächendeckenden Überwachung entfernt war. Soweit aus den für die Monate Dezember 1953 und Januar 1955 erschlossenen „Sachstandsberichten“¹³² hervorgeht, kamen für die „Bearbeitung“ der zu überwachenden Fakultät für Journalistik maximal drei Mitarbeiter der Staatssicherheit in Frage. Ihr Aufgabenfeld erstreckte sich auf über hundert weitere Institute, die sich an der Universität auf nicht weniger als zehn Fakultäten verteilten. Selbst wenn man die im Bereich von Verwaltung und Gesundheit beschäftigten Mitarbeiter der Universität außen vorlässt, muss von etwa 10.500 Personen ausgegangen werden, die im Frühjahr 1955 dem Verantwortungsbereich von lediglich drei MfS-Mitarbeitern unterlagen. Wie groß das Netz an Informanten war, ist in den genannten Berichten ebenfalls vermerkt. Danach soll an der noch jungen Fakultät für Journalistik allein ein „Geheimer Informator“ (GI) eingesetzt worden sein, an den übrigen Einrichtungen fanden sich weitere 21 dieser oder anderer „IM-Typen“ (Müller-Enbergs), allerdings nahm ihre Zahl in den folgenden Jahren rasch zu¹³³. Ein weiteres Problem aus Sicht der Staatssicherheit war die „fehlende allgemeine und fachliche Qualifikation“¹³⁴ ihrer Mitarbeiter. Die „Verzettelung in der operativen Arbeit“ wie die Unfähigkeit, die geworbenen Kandidaten möglichst effizient für die zu erfüllenden Aufgaben einzuteilen¹³⁵, gehörten noch Jahre später zu den klassischen Problemen, denen die Behörden des MfS durch Weiterqualifizierung ihres Personals zu begegnen versuchten.

Immerhin waren die örtlichen Gegebenheiten für die Überwachung der Fakultät für Journalistik günstig: Die Leipziger Dienststelle des MfS lag nur wenige Autominuten von der Fakultät entfernt, und als diese in den 1970er Jahren in das neue Universitäts-Hochhaus in der Innenstadt umzog, rückte man räumlich noch weiter zusammen. Selbst wenn das für die Fakultät zuständige MfS-Personal zu Gesprächen nicht im Gebäude der Fakultät erschien¹³⁶, was im Regelfall einen Anruf bei der dortigen Kaderabteilung voraussetzte, konnten andere Wege des Austausches beschritten werden. Gelang es einem der wenigen IM-führenden Mitarbeiter, einen Studenten für Spitzeltätigkeiten zu gewinnen, so fanden die Absprachen gewöhnlich in zum Teil eigens dafür angemieteten „Konspirativen Wohnungen“, anderen universitären Räumlichkeiten („Treffzimmer“) oder an öffentlichen Orten statt. Besuche im Internat der Fakultät hingegen sollten aus-

¹³² Die im Folgenden gemachten Angaben beziehen sich auf die Tätigkeitsberichte der Abteilung V/4 der BVfS Leipzig vom 11. 12. 1953, in: BStU, MfS, BV Lpz., Leitung 180, Bl. 82–83 u. Bl. 98–99, und den Tätigkeitsbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 18. 1. 1955, in: BStU, MfS, BV Lpz., Leitung 183/03, Bl. 1–9.

¹³³ Bericht zur Überprüfung der Abteilungen II, III, V und VII sowie der Kreisdienststellen Torgau und Altenburg der BVfS Leipzig (4.1.–14. 1. 1955), in: BStU, MfS, BV Lpz., Leitung 924, Bl. 3.

¹³⁴ Gieseke, Die Stasi, S. 57.

¹³⁵ Bericht zur Überprüfung der Abteilungen II, III, V und VII sowie der Kreisdienststellen Torgau und Altenburg der BVfS Leipzig (4.1.–14. 1. 1955), in: BStU, MfS, BV Lpz., Leitung 924, Bl. 69; Beurteilung des MfS-Mitarbeiters Klaus W., in: BStU, MfS, ZA 11569, Bl. 5.

¹³⁶ Treffbericht der Abteilung V/1 mit IM „Renate“ vom 25. 10. 1957, in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3799, Bl. 85.

drücklich vermieden werden¹³⁷, was nicht bedeutet, dass in Fällen, wo ein Absolvent höheren Semesters ohnehin privat wohnte, nicht auch dieser Raum für Absprachen genutzt wurde¹³⁸. Bei einigen Treffen zahlten die MfS-Mitarbeiter dem jeweiligen Studenten eine Anerkennungsprämie für gute Zusammenarbeit; der Standardsatz lag Ende der 1950er Jahre bei zehn Mark¹³⁹.

Generell ist bemerkenswert, dass sich trotz der in Mitgliederversammlungen, Rektoratssitzungen und anderen formalen Interaktionsverläufen streng beachteten Tabuisierung der Staatssicherheit an der Fakultät niemand überrascht zeigte, wenn sich vor Ort agierende Personen des MfS zu erkennen gaben. Wie sehr die Präsenz der Staatssicherheit schon im letzten Drittel der 1950er Jahre auch von den Studenten als normal hingenommen wurde, womit immer auch ein gewisses Maß an Entlastung von persönlicher Verantwortung einherging¹⁴⁰, findet sich in den Akten des Bundesbeauftragten eindrucklich dokumentiert. Die Annahme, dass der Einzelne den Erwartungen des Staatssicherheitsdiensts auf jeden Fall nachkommen musste, trifft jedoch nicht zu. Auch angesichts der verschiedenen, individuell sehr erfolgreichen Repressionsmaßnahmen des MfS¹⁴¹ und der – vermutlich in der Breite noch wirkmächtigeren – verbreiteten Ängste vor Repression ist nicht automatisch zu schließen, dass es für die Betroffenen keine Handlungsoptionen gab.

Drei Beispiele mögen dies verdeutlichen. Der erste Fall des Journalistik-Studenten G. zeigt, dass Studenten Kooperation und Obstruktion verbinden konnten, ohne sich selbst Repressionen des MfS auszusetzen. G., der sich noch vor Aufnahme des Studiums im Herbst 1954 zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit verpflichtete und von dem das Ministerium ausführliche Einschätzungen der Mitglieder seiner Seminargruppe wünschte¹⁴², verstand es geschickt, sich diesen Zumutungen zu entziehen. Immer wieder teilte er seinem Führungsoffizier in Gesprächen mit, wie schwer es ihm falle, der Gruppe und seinen Freunden unter die Augen zu treten, nachdem er sie der Reihe nach schriftlich habe beurteilen müssen¹⁴³. Sorgenvolle Nachfragen wie: ob seine Aufzeichnungen

¹³⁷ Aktennotiz der Abteilung V/1 betreffend des IM „Taucher“, in: BStU, MfS, BV Lpz., AGI 321/56, Bl. 79.

¹³⁸ Bericht der Abteilung V/1 betreffend der Aussprache mit dem Assistenten der Fakultät für Journalistik A. (21. 3. 1957), in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3799, Bl. 57.

¹³⁹ Treffbericht vom 21. 10. 1957 mit IM „Karlus“, in: BStU, MfS, BV Leipzig, AP 3799, Bl. 83.

¹⁴⁰ Zur entlastenden Wirkung dieses Vorgangs vgl. bereits Lynne G. Zucker, *The Role of Institutionalization in Cultural Persistence*, in: *American Sociological Review* 42 (1977), S. 726–743.

¹⁴¹ Stichpunkte der Abteilung V/1 zur Befragung einer Studentin der Fakultät für Journalistik (27. 5. 1957), in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3799, Bl. 73; Bericht der Abteilung V/1 über die Aussprache mit einer Studentin der Fakultät für Journalistik (6. 6. 1957), in: Ebenda, Bl. 64; Auskunftsbericht der BVfS Leipzig, in: Ebenda, Bl. 93.

¹⁴² Anwerbsbericht der Dienststelle Bautzen II vom 5. 5. 1954, in: BStU, MfS, BV Lpz., AGI 321/56, Bl. 12–13; Treffbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 2. 11. 1955, in: Ebenda, Bl. 90; Treffbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 22. 12. 1955, in: Ebenda, Bl. 104; Beurteilung des IM „Taucher“ durch die Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 27. 1. 1956, in: Ebenda, Bl. 21.

¹⁴³ Treffberichte der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 24. 10., 7. 11. und 14. 12. 1955, in: BStU, MfS, BV Lpz., AGI 321/56, Bl. 86–89, Bl. 93 und Bl. 99.

wichtig seien und ob sie für den Einzelnen Nachteile brächten, ließen den jungen, bis zum Hals in Arbeit versinkenden MfS-Mitarbeiter schnell resignieren. Verärgert schrieb er in einem seiner Treffberichte: „Ich [...] mußte ihm die Dinge förmlich aus dem Munde herausziehen.“¹⁴⁴ Einige Wochen später brach die Staatssicherheit die Zusammenarbeit mit diesem Studenten ab. „Bei der Durchführung von Aufträgen hatte er Hemmungen und teilweise mangelte es ihm an Initiative“¹⁴⁵, lautete die Begründung im Abschlussbericht.

Ähnlich urteilte die Staatssicherheit auch im Fall der Studentin N. Sie war vom genannten G. als „Typ eines Intellektuellen“ charakterisiert worden. N. wurde am 17. September 1957 unter dem Decknamen „Renate“ angeworben und – mit Unterbrechungen – bis Ende 1960 als Inoffizielle Mitarbeiterin geführt. Die „sehr intelligente“ und „hübsche“ junge Frau sollte an der Fakultät für Journalistik gezielt auf Männer angesetzt werden und darüber hinaus regelmäßig über die Mitglieder ihrer Seminargruppe berichten¹⁴⁶. Ihre Personalakte beim MfS enthält auch einige dieser sogenannten Treffberichte, die vom Vorgesetzten des zuständigen Führungsoffiziers mehr oder weniger regelmäßig angefordert wurden. Allerdings blieb N. darin stets unverbindlich und äußerte allenfalls persönliche Geschmacksurteile. Zu zentralen politischen Fragen nahm sie – soweit ersichtlich – kaum Stellung. Wiederholt erschien N. nicht zu den vereinbarten Terminen, ohne dass sie Konsequenzen von Seiten des MfS zu befürchten hatte. Der Abschlussbericht des Geheimdienstes vom 29. Dezember 1960 kam zu einem eindeutigen Urteil: „Die ganze Zusammenarbeit mit dem GI erbrachte nicht den geringsten operativen Nutzen.“¹⁴⁷

Der dritte Fall des Studenten M. dokumentiert hingegen eine für beide Seiten gelungene Zusammenarbeit. M., der offenbar schon vor seinem Studium mit dem MfS in Kontakt stand, traf sich am 27. April 1956 mit einem Mitarbeiter der Bezirksdienststelle Leipzig, um Gespräche über seinen „zukünftigen Einsatz bei der Presse zu führen“. M. hatte zuvor sein Berufspraktikum bei der Auslandsabteilung der Allgemeinen Deutschen Nachrichtenagentur (ADN) absolviert und wollte nach Abschluss des Studiums gerne wieder dort anfangen. In einer Aussprache mit einem Mitarbeiter der ZK-Abteilung Agitation war ihm jedoch vorgeschlagen worden, als Redakteur für die Nationale Volksarmee zu arbeiten – ein Vorschlag, der bei ihm auf wenig Begeisterung stieß. Er befürchtete, seine Berufsinteressen dann „nicht voll auswerten“ zu können; auch eine Karriere als Journalist im Ausland sei dann unwahrscheinlich. In dieser Situation scheint sich M. von sich aus an das MfS gewandt zu haben, um eine Verbesserung seiner Berufschancen zu erreichen. Und er hatte Erfolg. Sein Ansprechpartner von der Bezirksdienststelle

¹⁴⁴ Treffbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig betreffend des IM „Taucher“ (14. 12. 1955), in: Ebenda, Bl. 100.

¹⁴⁵ Abschlussbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig betreffend des IM „Taucher“ vom 3. 4. 1956, in: Ebenda, Bl. 23.

¹⁴⁶ Vorschlag zur Anwerbung der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig vom 19. 9. 1957, in: BStU, MfS, BV Lpz., AIM 916/61, AA, Bl. 5.

¹⁴⁷ Abschlussbericht des MfS, Kreisdienststelle Köpenick, vom 29. 12. 1960, in: BStU, MfS, BV Lpz., AIM 916/61, PA, Bl. 55.

in Leipzig notierte: „Gen. M. ist bereit, für die Organe der Staatssicherheit zu arbeiten und es ist zu empfehlen, ihn bei ADN einzustellen mit der Perspektive als Auslandskorrespondent ins kapitalistische Ausland.“¹⁴⁸ Eine handschriftliche Verpflichtungserklärung des M. liegt der Akte bei¹⁴⁹. Dieser Fall, so bruchstückhaft er überliefert ist, verdeutlicht, dass nicht alle Studenten zwangsläufig Opfer des MfS waren. Sie konnten durchaus als selbstbewusste „Mitspieler“ auftreten, die sich von einer Zusammenarbeit Karrierevorteile versprachen¹⁵⁰.

Im Bericht der Leipziger Sicherheitsbehörden zum Treffen mit M. findet sich zudem noch eine weitere aufschlussreiche Angabe. Das Gespräch fand nicht etwa außerhalb der Fakultät für Journalistik, sondern direkt im Dekanatsgebäude statt. Besonders „konspirativ“ trat die Staatssicherheit innerhalb der Fakultät demnach nicht auf. Zumindest die führenden Personen, der Dekan und die SED-Parteileitungen von Universität und Fakultät, wussten von solchen regelmäßigen Zusammenkünften¹⁵¹. Schon zwei Jahre nach der Etablierung der Fakultät für Journalistik war die Staatssicherheit zu einem wichtigen Akteur dort aufgestiegen; sie hatte gewissermaßen Hausrecht.

Nimmt man die Fälle zusammen, wird deutlich, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Dienstseinheiten des MfS nicht automatisch Vorbedingung für den Studienerfolg in Leipzig war. Auch jemand wie G., der zwar zunächst einer Zusammenarbeit mit der Abteilung V der Leipziger Bezirksdienststelle zugestimmt hatte, sich dann aber deren Wünschen geschickt entzog, war nach seinem Studium als Journalist in der DDR tätig. Aus Sicht der Staatssicherheit war es nicht entscheidend, ob Studenten an der Fakultät eine IM-Tätigkeit erfolgreich und über einen gewissen Zeitraum hinaus ausführten. Worauf es aus ihrer Sicht ankam, wenn man so will ihr Kriterium für den Lernerfolg der Studenten, waren zwei Dinge: Erstens musste jeder Absolvent auf direktem oder indirektem Weg von der Aufgabe und Machtfülle des DDR-Geheimdiensts erfahren und zweitens durch sein Verhalten überzeugend zum Ausdruck gebracht haben, dass er diese Rolle des Staatssicherheitsdiensts nicht öffentlich thematisieren würde, sie innerlich aber als Gegebenheit im Sinne einer eingeschliffenen, stillschweigenden Kenntnis der Routineregel akzeptierte¹⁵². Auch Absolventen, die nur in Einzelfällen, dann aber problemlos, ihre IM-Dienste im Studienalltag verrichteten und ansonsten auf Abstand bedacht waren, stand die Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs im Journalismus der DDR offen.

¹⁴⁸ Vermerk des Hauptmanns Müller zur „Aussprache“ vom 27. 4. 1956, in: BStU, MfS, BV Lpz., AIM 1/56, Bl. 5.

¹⁴⁹ Verpflichtungserklärung des M. vom 27. 4. 1956, in: Ebenda, Bl. 6.

¹⁵⁰ Ob M. tatsächlich nach seinem Studium beim ADN anfangen konnte, geht aus der Überlieferung, die den Verfassern beim Bundesbeauftragten zugänglich gemacht wurde, nicht hervor.

¹⁵¹ Beispielsweise wurde die Journalistikstudentin, Deckname IM „Renate“, vom Parteisekretär der Parteiorganisation an der Fakultät zum Gespräch mit dem MfS eingeladen. Treffbericht der Abteilung V/1 der BVfS Leipzig betreffend IM „Renate“ (19. 9. 1957), in: BStU, MfS, BV Lpz., AP 3799, Bl. 8.

¹⁵² Siehe Welskopp, Dualität, S. 106 f.

Interessenkonflikte der Studenten: Zwischen Karriere und Kritik

Wer sich in den 1950er Jahren für einen Studienplatz im Fach Journalistik interessierte, musste in einem handschriftlichen Lebenslauf die Wahl seines Studienfachs begründen. In den Akten befinden sich zudem sogenannte Beurteilungen einzelner Studenten, verfasst von Mitstudenten, Dozenten, manchmal auch von ehemaligen Lehrern. Diese Dokumente geben Auskunft über Herkunft und Vorerfahrungen der Bewerber, aber auch über die Vorstellungen, die sich die angehenden Journalisten von der Fakultät und von ihrem späteren Berufsfeld machten.

Die im Rahmen dieses Aufsatzes gezogenen Stichproben aus den Anfangsjahren der Fakultät verdeutlichen, dass viele angehende Studenten trotz ihrer Jugend bereits einiges an Lebenserfahrung mitbrachten, was teils dem Krieg und den Wirren der unmittelbaren Nachkriegszeit, teils den jeweiligen Familienverhältnissen geschuldet war. Es gab Flüchtlingskinder, die unter schwierigsten materiellen Verhältnissen aufgewachsen waren, andere waren unehelich geboren oder früh verwaist¹⁵³. Viele Studenten landeten eher zufällig an der Fakultät und hatten nur vage Vorstellungen von dem, was sie dort erwartete¹⁵⁴. Eine Bewerberin schrieb mit naiver Ehrlichkeit, sie hätte eigentlich lieber Germanistik studiert, doch sei dieses Fach derzeit überlaufen. Ihr größter Wunsch sei es jedenfalls, „Schriftsteller zu werden und die Menschen mit meinen Werken zu erziehen und zu erfreuen“¹⁵⁵ – hier hallte vermutlich noch der Schulunterricht nach, *prodesse et delectare*. Ein anderer Studienbewerber gab hingegen an, er wolle Journalist werden, damit sich die „Schrecken der Hitlerzeit“ nicht wiederholten. Er begründete dies auch biographisch: Er selbst sei als Jugendlicher bei einem alliierten Bombenangriff „verschüttet und schwer verletzt“ worden; seinen damals 16 Jahre alten Bruder hätten die Nationalsozialisten in den letzten Kriegstagen erschossen¹⁵⁶. Nun wolle er den „demokratischen Aufbau“ unterstützen und „den Frieden selbst genießen“ – ein Wunsch, den auf die eine oder andere Weise viele der Bewerber zum Ausdruck brachten. Sie waren Vertreter einer Nachkriegsjugend, die schon viel erlebt und erlitten hatte und die, von politischen Parolen eher abgestoßen, vor allem aus praktischen Erwägungen handelte. Soziale Not und Zukunftsängste hatten viele geprägt, was vielleicht auch das Bedürfnis nach einer Stabilisierung der neuen Verhältnisse erklärt. Am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken, war nicht nur eine angelernte Formel, sondern auch eine naheliegende Antwort auf existenzbedrohende Kindheits- und Jugenderlebnisse.

Das real existierende Journalistik-Studium mit seiner Betonung der Parteidoktrin wird den Vorstellungen dieser jungen Leute zunächst kaum entsprochen ha-

¹⁵³ Angaben in: UAL, PA-A 8642, 7382 und 7177.

¹⁵⁴ Damit deckt sich dieser Befund mit den von Meyen/Fiedler, *Die Grenze*, S. 345–351, angeführten Charakteristiken zu der in der Darstellung stark gemachten „Aufbaugeneration“. Wer sich hingegen ab „Mitte der 1950er Jahre (und erst recht dann später) entschied, in der DDR Journalist zu werden“, so heben die Verfasser hervor, habe „im Gegensatz zur Aufbaugeneration“ recht genau gewusst, worauf er/sie sich einließ. (S. 351)

¹⁵⁵ UAL, PA-A 5925, Bl. 7.

¹⁵⁶ UAL, PA-A 2299, Bl. 13–16.

ben. Eine im traditionellen Sinne akademische Freiheit im Studium gab es an der Fakultät für Journalistik nicht. Der Lehrplan des jeweiligen Studienjahres gab exakt die Zahl und Art der zu besuchenden Lehrveranstaltungen vor, individuellen Gestaltungsspielraum hatten die Studenten nur bei der Wahl einiger weniger Zusatzkurse, Spezialseminare genannt. Zu Veranstaltungen mit externen Referenten, sei es von hochrangigen Genossen des Zentralkomitees oder – seltener – von anderen Hochschulen, wurde der Teilnehmerkreis vorab durch die Fakultäts- und Parteileitung festgelegt¹⁵⁷. Die in den Studentenakten enthaltenen Angaben verdeutlichen, dass sich viele Studenten schwer taten, die ideologischen Prämissen ihrer Ausbildung unhinterfragt zu akzeptieren. Da offener Widerspruch nicht geduldet wurde, verstummten viele, wenn es um Politik ging¹⁵⁸. „Nach solchen Versammlungen versuchten schon viele Genossen, sie zur politischen Meinungsäußerung zu bringen, was jedoch nie gelang“, steht etwa in der Beurteilung einer Studentin, die ansonsten als „aufgeweckt und lebhaft“ beschrieben wird¹⁵⁹.

Andererseits fiel vielen Studenten Distanz zur offiziell gelehrt Ideologie durchaus schwer, nicht zuletzt, weil sie sich der Universität gegenüber nicht undankbar zeigen wollten. Wer in der DDR studieren durfte, zumal an der Fakultät für Journalistik, sollte sich als privilegiert empfinden – und er war es auch, weil er einen der seltenen Plätze in einem beliebten Studiengang erhalten hatte und weil ihm nach Abschluss des Studiums gesicherte und zum Teil sehr attraktive berufliche Positionen winkten¹⁶⁰. Hinzu kam, dass ein großer Teil der Studenten ein zumindest auskömmliches Grundeinkommen hatte, das regelmäßige Kino- und Theaterbesuche oder kleinere Ausflüge am Wochenende erlaubte, ohne dass ein Zusatzeinkommen nötig gewesen wäre. Mehr als 70 Prozent aller Studenten erhielten Ende der 1960er Jahre ein Grundstipendium, das sie – gute Ergebnisse oder politisches Engagement vorausgesetzt – zu einem Leistungsstipendium ausbauen konnten. Dies gelang allerdings weniger als 20 Prozent der Studenten¹⁶¹.

Als Gegenleistung für diese umfassende Versorgung nahm sich die Fakultät das Recht heraus, über ihre Studenten zu bestimmen. Das Leipziger Journalistikstudium war von Anfang an so organisiert, dass auch das Privatleben der Studenten erfasst und zur Indoktrination genutzt wurde. Dies galt zum einen für die Seminargruppen, in denen gelernt und diskutiert, aber eben auch bewertet und gemäßregelt wurde. Offiziell sprach man an der Fakultät von der „Erziehung der

¹⁵⁷ Schreiben Dr. Halbach an Prof. Dr. Dusiska vom 29. 5. 1965, in: UAL, Bestand Journ. Fak. 80, Bl. 7.

¹⁵⁸ Schreiben des Sektor Presse an Rudolf Singer betreffend der Wahlversammlung an der Fakultät für Journalistik, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV A 2/9.02/63.

¹⁵⁹ UAL, PA-A 8642, Bl. 25.

¹⁶⁰ „Konzeption für die Durchführung der Zulassungsarbeit im Direktstudium in den Fachrichtungen mit schwieriger Bewerbersituation“ (9. 5. 1961), in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/5/933, Bl. 86–91, hier Bl. 86.

¹⁶¹ Vgl. Zentralinstitut für Jugendforschung (Hrsg.), Student 69, Leipzig 1969, S. 200 f. u. S. 217 f., in: UAL, R 117, Bd. 5. Mitte der 1950er Jahre wurden für das Grundstipendium 180 Mark gezahlt, ein Leistungsstipendium brachte eine Erhöhung um 40 Mark mit sich.

Studenten durch Studenten“¹⁶², die vor Freundschaften und Liebesbeziehungen nicht Halt machte. Schon damals war hinlänglich bekannt, dass die Clique die wichtigste Bezugsgruppe junger Leute war¹⁶³. Da die Studenten der Fakultät für Journalistik im Internat untergebracht waren und die räumliche Nähe zwischen Universitätsgebäuden und Wohnheimen groß war, setzte sich ihr Freundeskreis beinahe zwangsläufig aus Kommilitonen zusammen; eine Trennung zwischen Ausbildung und Privatleben wurde gezielt erschwert¹⁶⁴. Dies konnte so weit gehen, dass sich die Staatssicherheit über ihre „Kontaktpersonen“ und Informanten gezielt als Kupplerin betätigte und – je nach Opportunität – Beziehungen zwischen Studenten stiftete oder bestehende hintertrieb.

Durch regelrechten Psychoterror, dessen Urheber die jeweils Betroffenen nur schwer ausmachen konnten, wurden nicht wenige Studenten innerlich gebrochen. Angesichts des immensen Drucks sahen einige von ihnen nur noch im Freitod einen Ausweg. Dies war ein besonders sensibles Thema in der DDR, denn der Akt der Selbsttötung stellte die denkbar radikalste Absage an die Heilsversprechen der sozialistischen Gesellschaft dar¹⁶⁵. Natürlich kann man nicht davon ausgehen, dass jeder Selbstmord an der Universität politische Gründe hatte, doch fällt auf, dass die Partei wie die SED-Leitung an der Universität in Zeiten allgemeiner Unruhe besonders sensibel auf entsprechende Meldungen reagierten. Ein Zusammenhang zwischen politischer und individueller Situation wurde also zumindest unterstellt¹⁶⁶. Nähere Angaben über die Zahl der Selbsttötungen an der Fakultät für Journalistik haben sich bislang nicht auffinden lassen. Allerdings berichtet Brigitte Klump von mehreren Selbstmordversuchen – zwei will sie selbst begangen haben – sowie einem vollendeten Suizid¹⁶⁷.

¹⁶² Emil Dusiska, Bericht über die Arbeit des Instituts für Theorie und Praxis der Pressearbeit vom 19. 4. 1966, in: BArch Berlin, SAMPO, DY 30/IV A 2/2.028/61, Bl. 11–30, hier Bl. 29.

¹⁶³ Vgl. die 1969 durchgeführte und vom Zentralinstitut für Jugendforschung unter dem Titel Student 69 veröffentlichte umfangreiche statistische Erhebung an der Karl-Marx-Universität, auch in: UAL, R 117, Bd. 5, S. 206.

¹⁶⁴ Die Internatsunterbringung war unüblich, wie ein Blick auf die Gesamtstatistik für die Karl-Marx-Universität Leipzig ergibt. Demnach wohnten knapp 60 % aller Studenten zur Untermiete, nochmals rund 20 % bei den Eltern und erst an dritter Stelle folgte mit etwa 10 % die Internatsunterkunft. Vgl. ebenda. Im Mietvertrag mit der Fakultät war festgelegt, dass keine außenstehenden Personen, weder Bekannte, Freunde noch Familienmitglieder, das von einem Studienabsolventen der Journalistik bewohnte Internatszimmer betreten dürfen. Vgl. Mietvertrag zwischen dem Verwaltungsdirektor der Universität Leipzig und dem Journalistikstudenten Klaus Höpcke vom 14. 1. 1952 (im Privatbesitz der Verfasser).

¹⁶⁵ Zum Themenkomplex insgesamt vgl. Udo Grashoff, „In einem Anfall von Depression ...“. Selbsttötungen in der DDR, Berlin 2006; ders., Selbsttötungen in der DDR und das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit, hrsg. von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2004.

¹⁶⁶ Notizen zu den Selbstmordversuchen zweier Studentinnen vom Februar 1962, in: UAL, R 123, Bl. 61, 62.

¹⁶⁷ Vgl. Klump, Das rote Kloster, S. 253, S. 268f. u. S. 287. Auch Herzfelde notierte 1956, dass er angesichts des auf ihm lastenden Drucks der vergangenen Jahre an Selbstmord gedacht habe. Wieland Herzfelde, Gelegenheits-Tagebuch, Eintrag vom 26. 6. 1956, in: AdK, Literaturarchiv, Bestand Wieland-Herzfelde, Sig. 2928.

Dies zeigt einmal mehr, wie stark der Druck empfunden werden konnte, der an der Fakultät planmäßig und von verschiedenen Instanzen ausgeübt wurde. Wer dem Ideal eines sozialistischen Journalisten nicht zu entsprechen schien, hatte zunächst im Kreis seiner Seminargruppe mit intensiven Gesprächen zu rechnen. Studenten, die dennoch weiterhin auffielen, mussten mit ihrer Exmatrikulation oder – in schwerwiegenden Fällen – sogar mit der Relegation, also einem generellen Studienverbot, rechnen. So wurde einem Studenten des ersten Studienjahrs die Studierlaubnis entzogen, weil er sich angeblich „in seinem ganzen Verhalten [...] von karrieristischen Absichten leiten ließ“. Zudem sei er schon als Oberschüler nur aus taktischen Gründen aus der „Jungen Gemeinde“¹⁶⁸ ausgetreten und habe sich aus denselben Motiven um Aufnahme in die SED bemüht. Der vage Vorwurf, sein Verhalten entspreche „in keiner Weise [...] den Anforderungen, die wir an einen sozialistischen Studenten und zukünftigen Journalisten stellen“, war ausreichend, um ihn aus der Universität zu entfernen¹⁶⁹. Neben politischen Gründen wurden Zwangsexmatrikulationen auch mit „Studienbummelei“, Disziplinlosigkeiten oder schlechten Leistungen begründet¹⁷⁰. Die Verurteilung zu langjähriger Zwangsarbeit, wie sie einigen Studenten der Publizistik an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät zwischen 1947 und 1951 widerfahren war, mussten Studenten der Journalistischen Fakultät jedoch nicht mehr befürchten¹⁷¹.

Schlussüberlegungen

Vermutlich absolvierten zwischen 1954 und 1968 knapp 2000 Studenten ihr Direkt- oder Fernstudium an der Fakultät für Journalistik erfolgreich und arbeiteten anschließend überwiegend als Journalisten, Diplomaten oder SED-Kader in wichtigen Positionen¹⁷². Albert Norden teilte 1964, nur zehn Jahre nach Gründung der Fakultät, mit, dass bereits jeder zweite Chefredakteur oder stellvertre-

¹⁶⁸ Zur „Jungen Gemeinde“ in der frühen DDR vgl. Ellen Ueberschär, *Junge Gemeinde im Konflikt: Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945–1961*, Stuttgart 2003.

¹⁶⁹ Schreiben des Prorektors Gertler an den Rektor der Karl-Marx-Universität, Hans Mayer, vom 14. 5. 1958, und das Antwortschreiben von Hans Mayer vom 19. 5. 1958, beide in: UAL, Bestand J 21, Bd. 11, Bl. 41 f.

¹⁷⁰ Schreiben des Prorektors Gertler an den Rektor der Karl-Marx-Universität, Hans Mayer, vom 29. 4. 1958, in: Ebenda, Bd. 12, Bl. 32.

¹⁷¹ Vgl. hierzu die maßgeblich vom Universitätsarchiv Leipzig vorangetriebenen Bemühungen um die Aufdeckung von Schicksalen verfolgter Studenten und Akademiker bei Jens Blecher, „ab... nach Sibirien“: Einschüchterungspolitik und Meinungsbildung durch Terror an der Universität Leipzig zwischen 1945 und 1955, in: Ders./Gerald Wiemers (Hrsg.), *Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten 1945 bis 1955. Von der Universität in den GULAG. Studentenschicksale in sowjetischen Straflagern 1945 bis 1955*, Leipzig 2005, S. 42–57.

¹⁷² Genaue Absolventenzahlen für den genannten Zeitraum liegen nicht vor; allerdings nannte der Verband der Deutschen Journalisten 1963 die Zahl von bislang 1200 Absolventen, die eine entsprechende Hochrechnung bis 1968 plausibel erscheinen lässt. Verband der Deutschen Journalisten in der Deutschen Demokratischen Republik, Informationsmaterial über die journalistische Ausbildung in der DDR (Stand 1. 7. 1963), in: BArch Berlin, SAPMO, DR 3, 1. Schicht/1876.

tende Chefredakteur der Tages- und Wochenzeitungen seine Ausbildung an der Leipziger Fakultät erhalten habe. Für die Journalisten, die in den Redaktionen an anderer Stelle arbeiteten, treffe gleiches für über 30 Prozent des gesamten Personals in den Massenmedien der DDR zu¹⁷³. Inwieweit diese Journalisten tatsächlich überzeugt daran mitwirkten, „gemeinsam mit den Werktätigen“ den „Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung im ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat“ voranzubringen, muss weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben¹⁷⁴. Dieser Aufsatz bestätigt jedenfalls die verbreitete Annahme, dass die SED mit der Einrichtung und dem Ausbau der Fakultät für Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig von Anfang an das Ziel verfolgte, linientreue sozialistische Journalisten als „Agitatoren“ und „Propagandisten“ der Partei heranzuziehen und diese konsequent in die wichtigsten Positionen in den Massenmedien zu hieven.

Dass die Verantwortung für die Journalistenausbildung Budzislawski übertragen wurde, war unter diesen Prämissen keinesfalls optimal. Alles andere als optimal waren auch die Rahmenbedingungen, schließlich wollte die Politik schnellstmöglich das geeignete Personal für den Kampf um die öffentliche Meinung gewinnen. Und die Zeit drängte, äußerten doch viele Menschen immer wieder Zweifel an der für konsenspflichtig erklärten offiziellen Darstellung der Realität in der DDR. Abweichendes Verhalten wurde schnell pathologisiert, und in diesem Vorgang – eine Art Selbstpsychiatisierung gesellschaftlicher Kommunikation – maß die Parteiführung der Fakultät für Journalistik außerordentlich hohe Bedeutung zu. Sie sollte dem System in gewisser Weise dauerhaft frisches Blut zuführen, was ihr angesichts der hochgespannten politischen Erwartungen stets nur höchst unzureichend gelingen konnte. Dies zeigte sich vor allem in Krisensituationen – ausgelöst von Ereignissen wie der gewaltsamen Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 –, die nicht selten zur Folge hatten, dass die Konzeption der Ausbildung umfassend auf den Prüfstand gestellt wurde¹⁷⁵.

Über den richtigen Kurs existierten freilich unterschiedliche Vorstellungen. Obwohl das ideologische Hauptziel konsequent verfolgt wurde, verlief die Ausbildung alles andere als spannungsfrei. Es kam nicht nur zu Differenzen auf der Leitungsebene der Fakultät – zwischen vergleichsweise liberalen, eher undogmatischen Genossen und orthodoxen Verfechtern der Parteilinie –, sondern es gab auch immer wieder Fälle, in denen Studenten trotz strenger Vorauswahl ein unangepasstes oder offen widerständiges Verhalten zeigten. Dies scheint einerseits

¹⁷³ Albert Norden, Entwurf zum Referat „Die ideologische Waffe der Partei. Presse, Rundfunk und Fernsehen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus“ anlässlich der 4. Journalistenkonferenz am 11.12. und 12.12.1964, in: BArch Berlin, NY 4217, Bd. 59, Bl. 178–222.

¹⁷⁴ Die zitierten Formulierungen sind der Broschüre „Grundsätze für die journalistische Ausbildung durch den Verband der Deutschen Presse in der Deutschen Demokratischen Republik“ entnommen, die dem Heft 9/1958 der „Neuen Deutschen Presse“ beilag, in: BArch Berlin, SAPMO, DR 3, 1. Schicht/1876.

¹⁷⁵ Sitzung der Agitationskommission beim Politbüro des ZK am 30.9.1968, in: BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/2.106/5, Bl. 104–122; Sitzung der Agitationskommission beim Politbüro am 12.12.1968, in: Ebenda, Bl. 269–276; Bericht über Lehre und Forschung an der Fakultät (7.12.1968), in: Ebenda, Bl. 230–259.

eine unmittelbare Folge der Wirkung weltpolitischer Ereignisse wie des Ungarn-Aufstandes oder des Mauerbaus, andererseits die Konsequenz aus einem Dilemma gewesen zu sein; dem Dilemma talentierte und vielfach idealistische junge Menschen intellektuell anzuregen und zugleich politisch „auf Linie“ bringen zu wollen. Der Schriftsteller Reiner Kunze, zwischen 1951 und 1953 Student der Publizistik, anschließend bis 1959 Assistent an der Fakultät für Journalistik, formulierte diese Ambivalenz 1994 so: „Ich habe diese Jahre in Erinnerung als Jahre einer unerträglichen Indoktrination, die ich teilweise weitergegeben habe, teilweise, anfangs [...] als ich unterrichtete. [...] Das ist aber nur die eine Seite, nur der eine Aspekt. Wenn es nur diesen Aspekt gäbe, müsste man sagen, es war eine finstere Zeit. Es gibt aber auch den anderen. Die Indoktrination war dermaßen irr, dass jemand, der auch nur einen Funken von Kreativität besaß, und der der Logik, der menschlichen Logik, nicht völlig abgeschworen hatte, dass der die Widersprüche sehen musste. Dass er anfangen musste sie zu denken. Und so habe ich mich in dieser Zeit auch freigedacht.“¹⁷⁶

Um wiederkehrende Handlungsmuster in den strukturellen wie personellen Beziehungen erkennen zu können, war es notwendig, weit über das Geschehen innerhalb der Fakultät für Journalistik hinauszugreifen. Das gilt nicht nur für die Beziehung zu Partei und Staatssicherheit; streng genommen müsste auch die Arbeitswelt in den Redaktionen untersucht werden, die ab etwa Mitte der 1960er Jahre in verstärktem Maße die Verantwortung für die praktische Qualifizierung des journalistischen Nachwuchses zu übernehmen hatten. Zumindest auf dem Papier sah das duale System der Berufsausbildung vor, die Absolventen zunächst je zur Hälfte ihrer Studiendauer in die Chefredaktionen von Presse, Funk und Fernsehen zu schicken, bevor sie für den theoretischen Feinschliff nochmals auf den Schulbänken der Karl-Marx-Universität Platz zu nehmen hatten. Doch es würde zu weit führen, dieses Thema hier zu erörtern.

Die spezifische Situation dieser Fakultät gab den Studenten die Möglichkeit, nach einem erfolgreichen Studienabschluss als Journalisten und Dozenten zu arbeiten oder als Parteifunktionäre Karriere zu machen. Diese Chance nutzten nicht wenige von ihnen zu einem Aufstieg, der sie – wie im Fall von Klaus Höpcke – bis in die Führung von Staat und Partei bringen konnte. Es gab aber auch andere, die während des Studiums – oder, wie bei Reiner Kunze, bald darauf – mit den Autoritäten in Konflikt gerieten und sich anschließend konsequent dem Druck der Partei zu entziehen suchten. An der parteistaatlichen Generallinie der Fakultät für Journalistik kann kein Zweifel bestehen, das Leben in und an der Fakultät in den 1950/60er Jahren war jedoch vielfältiger als bislang angenommen.

¹⁷⁶ Reiner Kunze im Film „Der Schriftsteller Reiner Kunze. Ein Porträt von Sigrid Esslinger“, BR 1994. Für die Möglichkeit zur Einsichtnahme danken wir Christoph Studt, Bonn.